



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

428 (14.9.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-335817](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-335817)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich, Beleglohn 20 Pf. monatlich, dazu die Post des Inl. Postanschl. Nr. 249 pro Quartal. Einzelnummer 6 Pf.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Inserate:

Die Colon.-Zelle . . . 25 Pf.
Auswärtige Inserate . . . 30
Die Reklame-Zelle . . . 1 Mark

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 3 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse: „Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (Annahmen-Druckarbeiten) 641

Redaktion 877

Expedition und Verlagsbuchhandlung 218

Nr. 428.

Montag, 14. September 1908.

(Abendblatt.)

Worte und Taten.

Man schreibt uns aus den Kreisen der Deutschen Vereinigung:

Für jeden guten Patrioten war es etwas Herzerquickendes, die Reden auf dem Düsselbacher Katholikentage zu hören oder zu lesen, die von Beteuerungen vaterländischer und monarchischer Gesinnung geradezu überfließen. Wären die Angriffe von außen kommen gegen den Bestand des Reiches oder im Inneren der christlichen Grundzüge unseres Volkes gefährdet sein, wir Katholiken werden ihnen entgegen treten mit aller Macht und sei es geistlich, treu unserem Glauben, treu zu Kaiser und Reich! So sprach der Zentrumsvizepräsident Graf Praschna und sein Parteifreund Dr. Oger. R. Marx pflichtete ihm bei mit den folgenden Worten: „Wenn alle sich gegen die staatliche Ordnung verschworen haben sollten, — wenn alle die staatliche Autorität missachten und zu vernichten suchen sollten, dann werden die Katholiken in unverbrüchlicher Treue für den Bestand des angestammten Herrscherhauses eintreten, und ihre Brust allen Angriffen auf die staatliche Wohlfahrt entgegenstellen.“

Just zu derselben Zeit als diese schönen Worte an das Ohr des katholischen Volkes schlugen und „brausenden, nicht enden wollenden Beifall“ erzielten, hatten die katholischen Wähler in dem durch den Tod Ehrhards verwaisten Wahlkreis Speyer-Rudwigsheim Gelegenheit durch die Tat zu zeigen, wie sie „für die gefährdete Grundlage unseres Volkstums“ und „für den Bestand des angestammten Herrscherhauses“ einzutreten gesonnen seien. Von den beiden anderen staatsbehaltenden Parteien war die Kandidatur Bosadomsky auf den Schild erhoben worden. Man durfte erwarten, daß auch die Zentrumspartei für Graf Bosadomsky eintreten würde, umso mehr als dieser ihr ganz besonderes Wohlgefallen gefunden hatte, das sich aus der Ächtung vor seiner persönlichen Lichthelligkeit und dem Haß gegen den Bloß, über den er seiner Zeit angeblich gestolpert, zusammensetzte. Dadurch hätte auch das Zentrum seinen Fehler vom vorigen Jahr wieder weit gemacht, wo es den Wahlkreis den Sozialdemokraten in die Hände gespielt hatte. Aber die Spekulation auf die in glänzenden Worten verkündigte „staatsbehaltende und nationale Gesinnung“ der Zentrumswähler schlug elendiglich fehl. Das Zentrum lehnte die Kandidatur des Grafen Bosadomsky ab. Der Wahlkreis fällt damit abermals den Genossen in den Schoß.

Den schreienden Widerspruch zwischen Wort und Handlung kennzeichnet kurz und prägnant ein konservatives süddeutsches Blatt, das durchaus nicht zentrumsfeindlich ist, folgendermaßen: „Das Zentrum regt sich gewaltig auf, wenn seine Eigenschaften, Hüter von Thron und Altar zu sein, angezweifelt wird. Auf dem Katholikentage rief ein Redner aus: „Die deutschen Katholiken in der Welt voran.“ Im Wahlkreis Speyer geben die Zentrumswähler, die doch Katholiken sind, gleichfalls voran — als Schrittmacher der Sozialdemokratie.“ Kaiser hätte allerdings die Zentrumspartei es nicht dokumentieren können, daß sie nationale und staatliche Interessen schicksallos dem Parteimoloch zu opfern verbleibt. Freilich ganz wohl ist ihr bei der Sache nicht. Es entbehrt nicht der Komik, wie die Schuld von der einen Parteiführung auf die

andere abgewälzt wird. Die „Alln. Volkszeitung“ büdelt mit ungeschicklicher Miene den „Herren der Pfalz“ die ganze Verantwortung auf, die „Pfalzer Zeitung“ wiederum schiebt die Schuld an dem Mißlingen der Bosadomsky'schen Kandidatur den Zentrumswählern zu. „Die Stimmung ist so, daß ein guter Teil der Wähler nicht mittun würde“, schreibt sie. Vergebliche Viebesmäh! Es wird den Führern nicht gelingen, sich auf Kosten des katholischen Volkes rein zu waschen, nachdem sie es dazu verführt haben. — Bei der Reichstagswahl im Vorjahr und bei der letzten Landtagswahl in Bayern — mit den Sozialdemokraten zusammenschließen. Was den Zentrumswählern damals „aus taktischen Gründen“ anbefohlen war, ist ihnen jetzt zur süßen Angewohnheit geworden. Was tun sie also jetzt anders, als sich nach großen Mustern zu richten.

Im Uebrigen ist es doch seltsam, daß das Zentrum sich plötzlich nicht mehr auf sein doch so wohlorganisiertes und folgsames Gefolge verlassen kann. Eine Wählermasse, die auf Kommando bald einen Sozialdemokraten, bald einen Freimaurer wählt, könnte doch wohl auch dazu gebracht werden, einen Bosadomsky zu wählen. Wenn die Herren Führer eben wollten!

Politische Uebersicht.

Mannheim, 14. September 1908.

Der Kaiser und die Arbeiterwohnungsfürsorge.

Auf seiner letzten Englandreise hat der Kaiser Gelegenheit genommen, die für die Arbeiter hergestellten „Einsamilienhäuser“ kennen zu lernen. Der Kaiser hat, wie die „Inf.“ erfährt, für diese Einrichtung nicht nur ein großes Interesse gezeigt, sondern auch Pläne im Auge gefaßt, wie diese Einfamilienhäuser, denen er in sozialer und sittlicher Hinsicht eine große Bedeutung beimißt auch in Deutschland für die Arbeiter und den Mittelstand zur Einführung gebracht werden könnten. Er hat nämlich gefunden, daß das Einzelwohnhaus den Arbeiter dazu erziehe, den Boden, auf dem er lebt, zu lieben und in des Wortes edelster Bedeutung fehschaft zu werden. Er hat sich darum schon des öfteren mit führenden Persönlichkeiten großer Gemeinwesen — z. B. dem Oberbürgermeister von München — über die Möglichkeiten einer Förderung dieser Bestrebungen ausgesprochen. Nun hat er darin einen bedeutsamen Schritt zur Verwirklichung dieser Wohnungsfürsorge getan. Er hat nämlich von hervorragenden Architekten eine wertvolle Sammlung von Plänen englischer Einzelwohnhäuser erworben, nach denen eventuell das deutsche Arbeiterhaus zu bauen wäre. Um die deutschen Architekten anzuregen, sich auf diesem Gebiete zu betätigen, hat er befohlen, daß diese Pläne in der Zeitschrift „Landshaus und Villa“ zur Veröffentlichung gelangen. Selbstverständlich sollen die englischen Modelle nur im großen und ganzen als Unterlagen für die deutschen Häuser dienen, da die englische Landschaft anders geartet ist als die deutsche und darum auch andere Häuser erfordert. Die deutschen Einfamilienhäuser werden sich aber naturgemäß dem Charakter des deutschen Bodens anschließen müssen, um eine Bereicherung der nationalen Baukunst zu werden. Nebenfalls ist mit diesem Vor-

gehen des Kaisers der erste Schritt zu einer großzügigen Reform der Arbeiterfürsorge getan worden.

Drei modernistische Fragen und Antworten.

„Nova et Vetera“, die empfehlenswerte modernistische Zeitschrift, schreibt in Nr. 15/16 im Briefkasten unter G. L.: Ihre kategorischen Fragen verlangen ebenso kategorische Antworten. Wir geben sie hier, weil die von Ihnen vorgebrachten Zweifel den Geist der Arbeiter unserer Vater durchkreuzt haben müssen. Sie richten an uns 3 Fragen:

Beteiligen sich nach der Enzyklika Pascendi die Modernisten noch an den Sakramenten? Im besagten Falle: machen sie nicht eine Mentalrestriktion (Gedankenwortbehalt) und begehen sie (katholisch gesprochen) nicht Sakriflegien? In verneinendem Falle: haben sie (katholisch) noch Katholiken zu nennen?

Wir antworten:

Die Modernisten beteiligen sich nach wie vor der Enzyklika Pascendi an den Sakramenten; und sie werden sich immer beteiligen, außer wenn eine persönliche Maßregelung sie trennt von der sichtbaren Gemeinschaft der Gläubigen. — Tun sie dies, so begehen sie keine Mentalrestriktion, noch viel weniger Sakriflegien. Sie halten vielmehr fest an dem echt christlichen Gedanken des symbolischen Wertes der Riten, an denen sie teilnehmen, und an dem echt katholischen Gedanken der religiösen Solidarität, welche nicht gebrochen werden kann durch die willkürliche Erklärung einer Autorität, die von ihren Befugnissen übermäßigen Gebrauch macht. — Wenn auch die sichtbaren Reglemente der Autorität sie von der sakramentalen Teilnahme ausschließen, sie bleiben und werden bleiben innerhalb der Kirche, wachend auf den Tag, an welchem ein erneutes religiöses Bemühen sichtbar werden wird die Freiheit und Größe der Gemeinschaft, die geeint ist im Namen Christi und in der Verwirklichung ihrer Hoffnungen.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

Im dem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der dem Parteitag vorgelegt zu werden pflegt, finden sich auch Ausführungen über Kolonialpolitik, die natürlich von faustfaßlichen Sätzen wimmeln. J. V. steht da der Satz, der Staatssekretär Dernburg war im vergangenen Jahre 30 Tage in Deutsch-Ostafrika, die er in diesem Jahre zu einer Automobilfahrt durch Deutsch-Südwestafrika benutzte. Jeder weiß, daß Herr Dernburg bei weitem länger sich in beiden Kolonien aufgehalten hat. Unwahr sind auch die Sätze, die sich dort über das Dernburgsche Reformprogramm finden: „Nicht viel Weiße in den Kolonien, statt Plantagenwirtschaft Eigenproduktion der Regier und Entwicklung des Handels. Als Voraussetzung aber Eisenbahnen — viel Eisenbahnen —, damit Handel getrieben werden kann. Danebenher Regelung der Ausbeutung der Menschen wie des Bodens durch Verordnungen. So viel dem Leiter des Kolonialamtes klar, daß der bisherige unbeschränkte Raubbau in kürzester Frist zum völligen Zusammenbruch führen muß. Dernburg denkt nicht an eine Gleichstellung der Eingeborenen mit den Weißen, er verteidigt selbst die Prügelei gegen die Schwarzen, aber trotzdem wird er den

Frau Nja.

Zur Erinnerung an den Todestag der Mutter Goethes, 18. September 1808.

Von Wilhelm Kullmann.

(Fortsetzung.)

Kein, so ist keine Dichterin, die gute Frau Nja, aber sie liebt die Poesie, wie sie die Musik liebt. Sie ist die richtige Literaturnama der Sturm- und Drangperiode, die Klopstock verehrt und für Wieland schwärmt und die stolz darauf ist, daß das Haus am Großen Ditzelgraben eine Zeitsung der gesellschaftliche Mittelpunkt der literarischen Bewegung jener Zeit ist. Es ist ein edles und reiches Kulturbild jener gärtenden Zeitalter, das vor uns aufsteht, wenn wir uns die beiden großen Stolzberg, ihren Begleiter Gauswih, Ringer und den Dichter des „Göt“, der schon der Stolz und die Hoffnung des jungen Deutschland ist, am Tische der Frau Nja versammelt vorstellen, wenn „nach einer and der anderen getrossenen Flasche Wein der poetische Trunkenheit zum Vorschein kommt und man nach dem Blute solcher Witzelnde lechzend hinwies. Besser als der steife und gemeine höfliche Rat pöhlte die „Frau Nja“ in diese Gesellschaft. Die immer bestiger werdenden Beschreibungen gegen die Tyrannen und Diktatoren zu wenden, verfügte sie sich in ihren Keller, wo ihre von den ältesten Weinen wohlunterhaltene große Hüfner verwahrt lagen. Nicht geringere befanden sich daselbst, als die Jahrgänge 1706, 19, 26, 48, von ihr selbst gewartet und gepflegt, selten und nur bei feierlich-bedeutenden Gelegenheiten ausgesprochen. Und dem sie nun in gekliffener Flasche den hochfarbigen Wein hinsetzte, rief sie aus: „Hier ist das wahre Tyrannenblut. Daran ergeht euch, aber alle Wargebanken laßt mir aus dem Hause.“ Demals erhielt auch Maria Goethe den Namen der Frau Nja, der sorgjamen Mutter der Salomonstüder und von dem Wein als „Tyrannenblut“ ist auch in Briefen aus späterer Zeit noch öfters die Rede.

Wine Freund, den sie besonders hoch einschätzte, war damals der bekannte Arzt Zimmermann, der Verfasser des Buches über die Einsamkeit. Als er einer, wie sich später herausstellte, unheilbaren Hypochondrie verfallen war, ist sie untröstlich und in einem Briefe, in dem sie ihrer Teilnahme Ausdruck gibt, empfiehlt sie ihm ein Heilmittel, dessen Wert man erst später erkannt hat — Lasterabänderung. „Die Veränderung der Hagenstände“ — schreibt sie ihm — „war immer die beste Kur, da braucht man nun nicht eben dreißig Meilen zu reisen, wenn man nur aus seinen vier Mauern kommt, nur nicht zu Hause geblieben, so lauter es gemeinlich dem Kranken ankommt, in die freie Luft, auf Landt, unter Menschen gegangen, die man leiden las, und alle schwarze Gedanken dem Teufel vor die Nase geschmissen, dieses Mittel hat doktor Luther schon probatum gefunden und in seinen herrlichen trotz Briefen dem Spaladinus seinem vertroxten Freund angetragen. Folgen Sie also besser Mann dem Rath einer Frau, das tut Ihrer großen Gelehrsamkeit keinen Schaden, gab doch ehemals ein Esel einem Broddien einen guten Rath.“

In späteren Jahren ist es nächst dem Sohne Schiller, der ihrem Herzen am nächsten steht. Schon im Jahre 1797 bittet sie ihren Wolfgang, ihren „lieben Schiller“ zu grüßen, „den ich von Herzen liebe und verehere“. Besonders auf den Tell nichtet sich ihre Erwartung. „Am Neujahrstg“ — schreibt sie — „wird der Tell von Schiller aufgeführt. Da denkt abends um sechs Uhr an mich — die Leute um und neben mir sollen sich nicht unterstehe, die Rosen zu pugen — das mögen sie zu Hause thun.“ Ihre Vorfreude auf diesen Genuß entläßt ihr, wie Heinemann in seinem trefflichen Buche über „Goethes Mutter“ (Seemanns Verlag, Leipzig) mit Recht bemerkt, jene schönen Worte, die allein schon genügen, ihr unser Herz zu gewinnen: „Grüße Schiller und sage ihm, daß ihn von Herzen hochschätze und liebe — auch daß seine Schriften mir ein wahres Labial sind und bleiben — Auch macht Schiller und du mir eine unaussprechliche Freude,

daß Ihr an! all den Schind-Schnaf von Neckenstren-Gewächse — Frau Wolgenträche nicht ein Wort antwortet. — fährt in diesem guten Verholten immer fort — Gure Wert bleiben vor die Ewigkeit.“

Die Liebe der Frau Nja zu Schiller steht in einigem Zusammenhang mit ihrer Schwärmerei für das Theater. Ja, ja, das Theater! Wenn das Theater nicht wäre! Die gute Frau Nja schwärmt für das Schauspiel und manchmal auch für die Schauspieler. Sie hat schon als Kind gern das Theater besucht, aber als „Stiefensperd“ bezeichnet Frau Nja ihre Leidenschaft erst vom Jahre 1777 an, in dem die Seyler'sche Truppe in Frankfurt gastierte, deren „Stern“ der Schauspieler und Schauspiel-dichter Großmann war. Seine Dramen „Henriette“ und „Nicht mehr als sechs Schüsseln“ gehörten zu den „Reißbäden“ der Frau Nja. Wenn Großmann in einer anderen Stadt gastierte, so berichtet sie ihm über die Frankfurter Aufführungen. So schreibt sie ihm über eine Aufführung des „Hamlet“ vom 2. Jänner 1779: „Die glänztige Aufführung des „Hamlet“ hätte mir beinahe unser Publikum ehrwürdig gemacht, aber beim Vicht-besehen, war es nichts, gar nichts als Reugierde — etliche Wenige ausgenommen — räsonnieren sie wie die Pferde. Vor einigen Tagen trat ich in einer Gesellschaft eine Dame von der sogenannten Welt an, die von Hamlet das Urteil fällt, es wäre nichts als eine Farce — o . . . Gevatter! Gevatter! Hamlet eine Farce . . . Ich dachte, ich kriegte, auf der Stelle eine Ohnmacht. Ein anderer behauptete (nach ebenbrauf mit dem Ausdruck), daß ihn der Teufel holen sollte, wo er nicht eben so ein Ding voll Unfann schreiben könnte, und daß war ein bieder, vierhöderischer Weinbändler. Da ist nun als ein Gefreichte von unserem Nachbarland, von erleuchteten Zeiten uhm, u. doch ich (eine kleine Zahl ausgenommen, die freilich das Salz der Erde sind) bei denen Herren und Damen alles so schal, so elend, so verkommen, so verschrumpt, daß sie kein Stück Rindfleisch kaufen und verbauen können — Mißdrei — gefrorene Sachen — Audez-läh-

Kapitalistischen Kolonialhänden verdächtig und mußte sich heftige Angriffe gefallen lassen.

Die Sozialdemokratie, die sich als die Partei der Arbeiter aufspielt, wird noch einst von der Geschichte den berechtigten Vorwurf erhalten, daß sie jahrzehntelang ihre Anhänger durch Entstellung den Tatsachen von der Ueberheblichkeit abgelenkt hat, die unsern ganzen Volke bis in die Schichten der Handarbeiter hinein seit zwei Jahrzehnten so reichen wirtschaftlichen Segen gebracht hat.

Katholik, aber nicht Zentrumsmann.

In Lothringen erscheint seit dem 5. September eine neue Zeitung „Der Lothringer“, in deutscher Sprache, die dem einheimischen Bloc Lorrain ihren Ursprung verdankt und vor allem die Interessen der Lothringer Katholiken vertritt. Diese Neugründung ist, so wird der „Köln. Ztg.“ aus Straßburg geschrieben, vor allem dadurch bemerkenswert, daß sie sich in erster Linie gegen das Zentrum richtet. In ihren Spalten soll den Lothringern immer und immer wieder zu Gemüte geführt werden, daß man „ein guter Katholik und treuer Sohn der Kirche sein kann, ohne dem Zentrum anzugehören“. Die Zeitung soll „mit all dem Feuer innerster Ueberzeugung und mit der ganzen Macht der ihr zu Gebote stehenden (sehr erheblichen finanziellen) Mittel das Zentrum bekämpfen“. Daß die einflussreichen Kreise, die den lothringischen Bloc bilden, in einer entschiedenen Gegnerschaft zur elsass-lothringischen Zentrumspartei stehen, ist wiederholt und noch bei den letzten Reichstagswahlen zum schroffen Ausdruck gekommen. Immerhin hat man sich in Zentrumskreisen noch der Hoffnung hingehalten, es werde gelingen, eine Spaltung innerhalb der einheimischen Katholiken zu vermeiden und den Bloc zu sich herüberzuziehen. Diese Hoffnung muß jetzt aber wohl aufgegeben werden, wo der Bloc zum Angriff gegen das Zentrum übergeht.

Das Kabinett und der Fall Alberti.

Das Kabinett hatte kundgegeben, daß es sich von den Verdrehen Albertis unberührt fühle und deshalb nicht zurücktreten werde. Diese Kundgebung hat die öffentliche Meinung tief empört, und die Bemerkungen, die an die Adresse des Regierungschefs Christensen in der Presse veröffentlicht werden, sind nicht eben schmeichelhaft. Man erinnert daran, daß es Christensen war, der vor bald einem Jahre, als im Reichstag die größten Anschuldigungen gegen den Justizminister Alberti erhoben wurden, die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission verhinderte, indem er die Erklärung abgab, Alberti habe ihm versichert, die Anschuldigungen wären völlig unbegründet. Nachdem Christensen diese Erklärung abgegeben hatte, beschloß die Regierungspartei, in der zweiten Kammer keine weitere Erörterung über die Albertische Administration zuzulassen und gab dem Justizminister ein Vertrauensvotum. Derselbe Christensen war es, der nach nur wenigen Wochen, als er nach dem Tod Lassens das Finanzministerium zeitweilig übernommen hatte, dem hartbedrängten Justizminister Alberti 1 1/2 Millionen aus dem Staatsmitteln zur Verfügung stellte. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß selbst bisherige Anhänger der Regierung sich nunmehr von ihr abwenden. Die „Börse“, das Organ der dänischen Handelswelt, stellt mit Befriedigung die Entrüstung der öffentlichen Meinung fest, die endlich zur Einsicht gelangte, daß wir seit Antritt des „alt demokratischen“ Ministeriums 1901 „in Sägen bis über die Ohren gesteckt haben“. Die Zeitung „Bort Land“ schreibt, die politische Demoralisierung des dänischen Volkes werde unumkehrbar fortgesetzt werden, wenn Christensen nicht baldigst entfernt werde. Bei der Wiederaufnahme der Universitätsvorlesungen berühren zwei Professoren den Fall Alberti, indem sie besonders betonten, der frühere Justizminister habe nicht nur sich selbst, sondern auch das dänische Vaterland mit Schande bedeckt.

Diese Kundgebungen der öffentlichen Meinung haben nun ihre Wirkungen getan, denn inzwischen wird gemeldet: Nachdem der Minister des Äußeren Graf Raben-Loewen heute dem König sein Rücktrittsgesuch eingereicht hatte, betraf der König den Ministerpräsidenten Christensen zu sich und hatte mit ihm eine Besprechung der gegenwärtigen Lage. Das Ergebnis der Besprechung war, daß der Ministerpräsident das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts einreichte und versprach, die Geschäfte bis zu dem nahe bevorstehenden Zusammentritt des Reichstags weiterzuführen.

hen — Dogon — das ist ihr Leibel, freilich verderben sie sich den Wagen dadurch noch immer mehr, aber wer kann helfen. Sie schreibt gern, die Frau Kat, und sie macht dabei die Bemerkung: „Die Weiber machen's doch im Schreiben wie im Reden, ist's einmal im Gang, klipp, klapp, geht's wie eine Mühle — Gott sei dem gnädig, der mit vielen korrespondierte.“ Von dem Theater abgesehen, hat die Frau Kat noch eine andere Liebhaberei, die ihr viel Freude macht: ihre „Samstage“. Diese Frau hat sich auch in älteren Jahren held ein Stück Jugend bewahrt und es ist bezeichnend für die Eigenart ihres Wesens, daß sie ihren gesellschaftlichen Verkehr vorwiegend bei jüngeren Leuten sucht. Ihre „Samstagsmädels“ bringen jede Woche einmal Frohsinn und Heiterkeit ins Haus. Da werden allerlei Spiele gespielt, Rätsel aufgegeben und Räthsel erzählt; es gibt immer „einen Hauptpaß und Geubium“. So schreibt sie einmal an ihren Freund Kreisler in Regensburg, der früher, als er noch in Frankfurt war, an ihren Samstagen teilgenommen hatte: „Wir haben jetzt ein Stedenpferd, welches uns ein groß Geubium macht, das ist die neue deutsche Opera von Herrn Professor Klein in Mannheim „Günter von Schwarzburg“. Sie ist von der üblichen Samstaggesellschaft mit Noten, Anmerkungen, ja sogar mit Handzeichnungen verziert und vermehrt worden. Ferner hat uns Philipp (Goethes Schreiber Seidel) ein Verzeichnis von den Weimarer Karnavalslustbarkeiten zugesandt, worunter eine Tragödie vorkommt, welche den Titel führt: Leben und Töten, Tod und Elision der weiland berühmten Königin Dido von Chartago. Eine noch nie gesehene Tragödie in 11 Aufzügen. So ein Spectabel ist's unter dem Mond weder gesehen noch gehört worden. Unter anderen ist Handwurst Chortagischer Burgemeister und Nebenbuhler des Keneas. . . Mit einem Wort, das Ding muß man lesen, wenn der Unterleib verstopft ist und vor die Kur bin ich Värge.“ (Schluß folgt.)

Buntes Feuilletou.

— Deure Kisse. Der alte Spruch „Einen Aug in Ehren kann niemand weihen“ wird von der englischen Rechtsprechung häufig nicht anerkannt. Dielemaße sind auch im letzten Jahre

Deutsches Reich.

— (Sozialdemokratischer Stil.) Nach einem interessanten Briefwechsel gibt die sozialdemokratische „Münd. Post“ bei Besprechung der Budgetbewilligung nachträglich Kenntnis. Die sozialdemokratische bayerische Landtagsfraktion hatte Anfang dieses Jahres den Beschluß gefaßt, die preussischen Genossen in Bezug auf die Förderung der Wahlrechtsfrage zu unterstützen. Deshalb sandte sie am 15. Januar an den Parteivorstand einen Brief, in dem mitgeteilt wurde, daß die Fraktion in der Kammer eine Interpellation über das preussische Wahlrecht einzubringen beabsichtige und daß man außerdem in Süddeutschland eine planmäßige und lebhaftige Agitation gegen die preussische Politik einleiten wolle. Der Parteivorstand wurde um „recht schnelle“ Klärung darüber ersucht, was er dazu meine und wie er sich die Einzelheiten der Angelegenheit denke. In Berlin aber scheint man dieser brüderlichen Hilfsaktion keine große Bedeutung beigemessen zu haben. Der Berliner Parteivorstand erwiderte erst unter dem 18. Januar mit einem Schreiben, dessen Tonart noch charakteristischer ist als sein Inhalt. Es lautet wörtlich wie folgt: „Die Fraktion hat ja inzwischen die Interpellation eingebracht, deren Erörterung dem Bloc und der pr. Regierung nicht angenehm sein wird. Die pr. Gunter werden die Oberreigen mit einigen schändlichen Redensarten ad zu mahnen suchen. Teilen Sie uns den Termin der Konferenz mit; kann einer abkommen, wird von uns die Konferenz befehligt. Eine heute mit dem württembergischen Landesvorstand zu erledigende Korrespondenz habe ich zum Anlaß genommen, ebenfalls Anregung zu geben, der pr. Regierung das Hell zu geben.“

— (Der Zentrumsaabgeordnete Eraberger) hat wieder einmal den Drang verspürt, seine politische Weisheit leuchten zu lassen. Das geschah in einer Versammlung des Zentrumswahlvereins zu Hannover. Mit welchen Offenbarungen Abg. Eraberger seine Zuhörer traktierte, das möge man daraus erleben, daß er nach der „Berm.“ erklärte, die Wodpolitik sei aufgebaut „auf dem furor protestantischen und der Charakterlosigkeit der freisinnigen Volkspartei“

— (Gegen die unnötige Ausweisung bekräftiger Personen) richtet sich ein Erlass des württembergischen Ministeriums des Innern an die Kreisregierung und Oberämter. Darin wird den Polizeibehörden die genaue Beachtung einer früheren Verfügung zur Pflicht gemacht, wozu die Verlegung des Aufenhalts in einer bestimmten Gemeinde nur aus dringenden Gründen erfolgen soll. Insbesondere soll nach Möglichkeit die Ausweisung vermieden werden, wenn der Auszuweisende in dieser Gemeinde Ansehen an zuverlässigen Angehörigen bezw. eine ordentliche Arbeitsstelle gefunden und einen geordneten Hausstand begründet hat. Wenn Bestrafte unter der Aufsicht des württembergischen Vereins zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene stehen, so solle man sie der Regel nach mit der Ausweisung verschonen; und nur ausnahmsweise dann ausweisen, wenn dies nach Lage des Falles aus besonderen Gründen geboten erscheine.

— (Ortsgruppe Karlsruherdes Vereins für das Deutschtum im Auslande.) Aus dem Jahresbericht für 1907 der seit 26 Jahren in der deutschvölkischen Schularbeit lebenden Ortsgruppe Karlsruhe-Waden entnehmen wir, daß im ganzen 1287 M. zu Unterstützungen verwendet worden sind. In den Hauptvorstand wurden ebenso wie an den Landesverband (Vorort Konstanz) 220 M. abgeführt, während von den übrigen um die höchst dankenswerte 500 Mark-Spende der Stadt Karlsruhe vermehren Geldern entfielen: auf Kottifen, ein Dorf mit 753 katholischen Bauern und 150 Häusern in der Nähe von Pilsen, 300 M.; auf Siedlitz 150 M.; Hohenbach in Nordgalizien 100 M.; Rottitz Sauerbrunnen (Südsteiermark) und Hohenstadt (Nordmähren) für Schulweihnachtsfeiern je 50 M. Anstelle des nunmehr geschickten Rirschau hat die Ortsgruppe das genannte Dorf Kottifen als sogenanntes Vaterland unter ihren besonderen Schutz genommen. Außerdem hat die Ortsgruppe zugunsten der armen Deutsch-Polensaler, die von einer verheerenden Ueberseuchenplage heimgeführt worden waren, eine Sammlung mit dem erfreulichen Ergebnis von mehr wie 570 M. veranstaltet.

— (Wieder zahlreiche Verhaftungen gegen allzu feurige Redner) ergegangen, die ihr Glück nicht erwarten konnten und es mit stürmischer Gewalt von den Lippen der Angehörigen raubten. „Sie war so reizend und so entsündend; ich konnte mir nicht helfen, ich mußte sie küssen“, erklärte ein junger Springinsfeld, der in den Parlamentslogen von Birmingham einem Mädchen einen Kuß geschloßen hatte. „Schnell Schilling Straße oder 14 Tage Haft“, lautete die gefällige Antwort des Richters. „Sie müssen lernen, Ihre Verehrung für das andere Geschlecht auf würdigere Weise auszudrücken.“ Traurig und sorgenvoll zog der Jüngling, der ein Paar tolle Lippen so unwürdevoll gefunden hatte, die vierzig Schilling aus seinem Portemonnaie. Nicht immer kommt dabei der heimliche Frauenverleher auf so billige Weise davon, sondern gestohlene Küsse werden gewöhnlich strenger bestraft. Ein Kaufmann, dem der Mund eines hübschen Zimmermädchens in einem Hotel zu Manneher zu angelehnt war, wurde zu sechs Schilling verurteilt und nicht selten wird der Preis für eine solche geruchliche Verführung auf 200 Schilling und mehr angesetzt. Es ist daher ratsamer, wenn man sich überhaupt auf eine so wenig saure Sache einlassen will, sich gleich eine Anzahl von Küssen zu holen, denn engos werden sie augenscheinlich nicht so teuer angekauft. Ein junger Herr, der in einem jahreslangen Seebade einer Dame eine ganze Anzahl von Küssen applizierte, wurde zu 100 Schilling Geldstrafe verurteilt, aber eine obere Instanz, vor die die Sache kam, erhöhte diese Summe noch um sechszig Schilling. Strenger noch als in England geht man in manchen Teilen der Vereinigten Staaten gegen das Küssen, vor allem natürlich gegen das gewöhnliche Küssen vor. In Massachusetts bezieht ein alles puritanisches Gesetz das Küssen auf der Straße überhaupt und vor wenigen Monaten wurde ein jungerberittener Herr wegen Nichtbeachtung dieser Vorschrift eingesperrt, um die Hüttenwachen im Gefängnis zu verleben. Kreuzzüge gegen das Küssen sind in Newyork in großem Maßstabe organisiert worden, und in den Anlagen von New-Yersey wird jedes Paar, das man beim Küssen ertappen sollte, mit einer Strafe von 60 Schilling belegt.

— Eine vernichtende Kritik hat dieser Tage der Berichtreiber der in Alsfeld erscheinenden „Oberhessischen Zeitung“ an Johann Strauß und seinem doch auch nicht ganz unbegabten Vorgänger Jacques Offenbach geübt. Die Aufführung der Straußschen Operette „Die Fledermaus“, die offenbar für Alsfeld ein Ereignis bedeutete, begleitete das genannte Blatt mit nachstehen-

— (Die Benediktiner) beabsichtigen, das Kloster Oberalteich in Niederbayern anzukaufen. Der den Benediktinern sehr geneigte protestantische Reichstag Herr. v. Cramer-Mlett wird, wie verlautet, auch hier wieder seine finanzielle Unterstützung zuteil werden lassen. Das Kloster wurde 1803 aufgehoben. Die Gebäude befinden sich jetzt größtenteils in Privathänden.

Heßische Politik.

Landesversammlung der heßischen Nationalliberalen.

— Darmstadt, 13. Sept.

Die heutige Nationalliberale Landesversammlung in der Turnhalle, der eine Sitzung des Landesauschusses vorangegangen war, wurde von dem Abg. O. Jann geleitet. Anwesend waren u. a. die Reichstagsabg. Dr. Stresemann-Dresden, Dr. Jann-Leipzig, sowie die heßischen Abgeordneten Graf Oriola, Präsident Haas, Reinhardt, Dr. Glöfing, Dr. Weidenreich, Diehl, Auler, Breumer und die übrigen Mitglieder des Landesauschusses.

Dr. O. Jann sprach über die bevorstehenden Landtagswahlen, wobei er die Unterstützung der Zentrumskandidaten in Mainz und Offenbach-Land bekannt gab. Er berichtete ebenso über seine Tätigkeit im Land- und Reichstage, worauf Graf Oriola ihm den Dank der Partei aussprach.

Bürgermeister Dr. Glöfing-Darmstadt verbreitete sich dann ausführlich über die Verhandlungen in der Wahlrechtsvorlage, wobei er in scharfer Weise die Angriffe der sozialdemokratischen und der freisinnigen Partei, insbesondere aus der „Frankfurter Zeitung“ zurückwies, der er Unverständnis oder Böswilligkeit in ihren Auslassungen vorwarf. Es wurde dann eine Resolution angenommen, in welcher der Landesauschuss wie die Landesversammlung sich mit der Haltung der nationalliberalen Fraktion, insbesondere auch des Abg. Glöfing in den Verhandlungen der Wahlrechtsvorlage einverstanden erklärt und gegen die freisinnigen Angriffe protestiert.

Mit lebhaftem Beifall empfingen bclrat man der Reichstagsabg. Dr. Stresemann-Dresden die Tribüne, um in 1 1/2stündiger, formvollendeter Rede häufig von Zustimmungsrufen unterbrochen, sich über die Reichspolitik zu verbreiten. Er geht von den sächsischen Wahlkämpfen aus, in denen es gelang von 22 sozialdemokratischen Mandaten 13 zu erobern. Man müsse sich die Frage stellen, ob dieser Sieg ein vorübergehender sei, oder ob man einen gewissen Wendepunkt in der sozialdemokratischen Entwicklung annehmen müsse. Er ist der Ueberzeugung, daß in vielen Gebieten der verständige Arbeiter zu der Einsicht gelangt, daß der Staat für die ärmere Klasse große Opfer bringe und daß entgegen der Ansicht ihrer Führer die Kolonialpolitik des Reiches unterliegt werden müsse, da bei der stetig wachsenden Bevölkerungsziffer neue Absatzgebiete notwendig sind, die sonst anderen Völkern zugute kommen. Aus denselben Gründen müsse der Arbeiter auch den Militarismus unterstützen. Erfreulich sei, daß in vielen Gebieten das nationale Empfinden gewachsen sei, man müsse sich fragen, ob man nicht zu lange gewartet habe um den Arbeiter zu gemeinsamer nationaler Arbeit und weltwirtschaftlichem Denken heranzuziehen. Redner gibt hier der Forderung Ausdruck, daß die verantwortlichen und diplomatischen Posten nicht dem Adel reserviert bleiben, daß auch zwoischen adeligen und bürgerlichen Regimentern kein Unterschied mehr bestche, sondern, daß die besten des Volkes zu den ersten Stellen gerade gut genug seien. Auch bei der Auswahl der Reserveoffiziere dürfe nicht der Stand und die Herkunft der Eltern in Frage kommen, denn man wüßte ein Volksherr, ausgehend von dem Grundsatz, Arbeit ist des Bürgers Bierde etc. Redner behandelt dann die innere reichspolitische Lage und die Wodpolitik und weist die Angriffe der linken Seite zurück. Er behandelt dann weiter die Finanzreform, in der alle, ob arm oder reich, Opfer bringen müssen, in der man ganze Arbeit schaffen, die verkehrsbehindernden Steuern beseitigen, dagegen auch die Verbrauchs- und Esummitteln heranziehen müsse, zudem die konkurrenzenden Länder auf Bier, Wein und Tabak viel höhere Steuern zahlen wie wir. Er ist aber gegen eine Vonderrollesteuer und für Erhöhung des Tabakzolls. Ebenfalls müsse aber auch der fundierte Besitz schärfer herangezogen werden, damit eine gesunde Verteilung auf alle Schultern die Lasten erleichterte. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall, worauf dem schönen Erguß: An diesem Sing- und Tanzstück ist von den dramatischen Dingen des Operettenbüdners ausgehender Wohlstand gemacht. Musik und Gesang bilden das vorberstehende Moment, das andere tritt zurück. Die Handlung ist ein schwankendes, sie und da verhandlungen, rätselhaftes Gebilde. Den gleichen Stempel tragen die handelnden Gestalten. Mit verlässlicher Leichtigkeit und Schmelzhaftigkeit überwinden sie die Schwierigkeiten und führen die Situation in hohem Schwünge zu fabelhafter Höhe. . . Das ungeordnete Zeug tritt neben der einschmeichelnden, Melodienreichtum und geschickte Instrumentation anstreichenden Musik, den prächtigen Liedern und Tanzweisen, in denen Strauß ja ein Meister war, völlig in den Hintergrund. Besonnengeachtet wird Strauß der Verdienst gemacht, daß er als Coerenten-Komponist auf die Stufe Jacques Offenbachs hinaufgehoben sei, der bekanntlich für seine Operetten eine Kunst ist, die selbst von den Franzosen als Entartung bezeichnet wurde, weil dem Inhalt nach und im Aussehen dem schäblichsten Geismad der Menge hinhingend.“ Armer Strauß, armer Jacques Offenbach! Wer hätte das von Euch gedacht!

— Ein Ehefeind. Ein reicher Spitzenbeamter aus Notting-hampshire, Wilkins Smith, hat ein wunderbares Testament hinterlassen: Er vermacht nämlich den Gesamtertrag aus seinem Vermögen von sechs Millionen Mark für einen Pensionatsfonds aus dem Witwen und junge Mädchen eine Rente erhalten, die das Gehälde der Heirat abgeben würden. Es haben sich fastlich 1700 Frauen gemeldet, die zur Erlangung einer solchen Pension auf alle Chancen des Erfolgens verzichten, und die Zahl der Anwärterinnen steigt von Tag zu Tag. Der Testamentvollstreckter kündigt daher, daß die einzelnen Pensionarinnen nicht genug erhalten werden, um ihrem Gehälde auch streng treu zu bleiben.

— Furthbarer Realismus. Von einem entsetzlichen Beispiel von Grausamkeit gegen Tiere wird aus Paris berichtet: Eine A. n. e. m. a. t. o. g. r. a. p. h. e. n. Gesellschaft brachte eine Reihe von lebenden Wildern heraus, die sich „Das Wildhahners Kasse“ heißt und deren Schürftableau darin bestand, daß der verschämte Wildhahner die Gewächse in einem einpännigen Wagen eine schmale Klippe an einem steil. Abhang entlang fährt und dann in die Tiefe hängen läßt. Die Kutschmänner dazu hatten an einem lebenden Objekt gepannt worden. Man hatte ein alles blindes Pferd vor einen Wagen gespannt und dann eine schmale Klippe bei Valognes entlang getrieben, bis es in den Abgrund stürzte und elend umkam.

Der Vorsitzende dem Redner dankte und die Versammlung mit einem Hoch auf Deutschland und insbesondere Sassenland schloß.

3. Deutscher Malertag.

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

I.

2. Karlsruhe, 13. Sept.

Kurz nach 10 Uhr wurde der dritte deutsche Malertag im Auftrag der Karlsruher Maler- und Ländereimer-Vereinigung durch den Vorsitzenden des Karlsruher Hauptauschusses, Herrn Malermeister G. Lacroix mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Besonders begrüßte er den Vertreter der Regierung, Ministerialrat Dr. Schneider, des Landesgewerbeamts, Geh. Regierungsrat Dr. Cron, Bürgermeister Föhrenbach und die Kollegen aus Danemühl, Oesterreich und der Schweiz. Im Auftrag des Ministers des Innern v. Lobman heißt Ministerialrat Dr. Schneider die Versammlung willkommen. Der Redner weist auf die Ausstellung hin, für deren vorzügliches Gelingen der Hauptauschuss und sein unermüdbar Vorkämpfer, Herr Lacroix, Dank und Anerkennung verdiente. Die Bildung der Arbeitgeberverbände sei hervorgegangen aus der Notwendigkeit eines Gegengewichts gegenüber den starken Arbeitnehmerverbänden. Daß es sich dabei nicht um den Kampf handle, habe die Einführung der Normtarif-Verträge für ganz Deutschland bewiesen, der friedliche Verhältnis für das Malergewerbe verbürgt. Man dürfe sich freuen, daß im Malergewerbe der Tarifgedanke sich durchsetzen und könne nur wünschen, daß auch weiterhin auf gutem Wege neue Verträge zustande kommen und so für die Zukunft dem Malergewerbe Verluste und Erbitterung erspart bleiben. Auch er könne nur wünschen, daß die Verhandlungen einen ersprießlichen Verlauf nehmen. Es folgt die Begrüßungsansprache des Herrn Regierungsrates Cron, der die staatliche Gewerbeaufsicht in den Vordergrund stellt in Gemeinschaft mit dem Gewerbe, da nicht vom grünen Tisch aus solche Bestrebungen erfüllt werden könnten. Endlich begrüßt Herr Bürgermeister Föhrenbach die Versammlung namens der Stadt und ein Vertreter der Freiburger Handwerkskammer den Malertag, worauf der Vorsitzende des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeber im Malergewerbe Emil Kruse für die schönen Begrüßungsworte dankt und zugleich für den Empfang und die weitgehende Unterstützung, die der deutsche Malertag gefunden.

Nachdem Herr Lacroix zum stellvertretenden Vorsitzenden berufen, behandelt Kruse-Berlin das Thema die Arbeitgeberverbände und deren Bedeutung für das wirtschaftliche Leben.

Der Redner gibt einen geschichtlichen Rückblick auf den verschiedenen Zusammenschlag des Gewerbes, der in den Innungen seinen Anfang genommen, deren Leistungen er nicht in Worte fassen möchte. Von den Innungen habe man sich zwar viel versprochen, es sei aber nicht viel erreicht worden. Jedenfalls sei die Innung nicht imstande gewesen, den Gewerkschaften gegenüber zu treten. Der Redner tritt in keinen Ausführungen für Arbeitgeberverbände ein.

Ueber die Frage des Reichstages

referierte Hans-Jen-Hamburg und zwar vertrat dieser die Forderung eines solchen vom Standpunkt des Arbeitgebers und schloß folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde: Der dritte deutsche Malertag unterstützt alle Bestrebungen, die auf den Ausbau und auf die Förderung des Tarifwesens gerichtet sind und erachtet die Reichsregierung:

- 1. um die Errichtung eines unabhängigen vom Vertrauen der Parteien getragenen Reichstages;
2. um die Befestigung der noch bestehenden Hindernisse für die völlig freie Rechtspflege aus den Tarifverträgen durch das Reichstagsamt und durch die Genußämter;
3. um die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine unter der Bedingung, daß die Vereine für Schäden, die sie selbst oder ihre Mitglieder insbesondere durch Tarifvertragsverletzungen verursachen, haftbar sind.

Eine Frage, die reine Sachangelegenheit betrifft, behandelte Professor Dr. Eisner-München, die Materialien, Prüfungscommission und staatliche Untersuchungsanstalten.

Malermeister G. Lacroix behandelt das Thema Die wirtschaftliche Bedeutung des Genossenschaftswesens.

Auch in Malerberuf mache sich eine Bewegung geltend, die auf Genossenschaftsgründung hinauslaufe. In interessanter Weise wirt Redner einen Rückblick auf das Genossenschaftswesen im Handwerk, dessen noch mangelhafte Entwicklung auf den Konkurrenzgedanken zurückzuführen sei. Von Bedeutung seien die Einkaufsgenossenschaften, die das Abhängigkeitsverhältnis von den Lieferanten beseitigen und auch dem Pumpsystem ein Ende bereiten würden. Eine solche Genossenschaft könne nur in größeren Betrieben ins Auge gefaßt werden; in denen habe man die Gründung von 4 Genossenschaften in den 4 Handwerkerkammerbezirken des Landes im Auge, wobei man aber nicht daran denke, den Zwischenhandel ganz aufzuheben, obwohl er eine Zusammenarbeit oft sehr erschwere.

Fabrikant Dall-München bekämpft als Korreferent ziemlich lauthar die geplante Bildung von Einkaufsgenossenschaften vom Lieferungsstandpunkt aus. Die Dispositions- und Kommodationsfreiheit werde eingeengt und auch die Leistungsfähigkeit werde eine begrenzte bleiben und niemals die des Handels erreichen. Auch den persönlichen Arbeitsverhältnissen könne eine Einkaufsgenossenschaft nicht Rechnung tragen und sich den Konjunkturen nicht anpassen. Der Handel sei in der Lage, den Kapitalverhältnissen zu leben; er könne also nicht angeben, daß die Einkaufsgenossenschaften einem volkswirtschaftlichen Bedürfnis entsprechen und den Handwerk Nutzen bringen. Er wünsche und hoffe, daß wieder Friede und Vertrauen im Farbenhandel einkehren.

Stolz-München berichtet über die Frage der Errichtung von Kalkulationsbüros.

Da der einzelne Meister in den meisten Fällen nicht in der Lage sei, zu kalkulieren, wenn es sich um städtische und staatliche Subventionen handle. Er schlägt deshalb folgende Resolution vor:

Der 3. deutsche Malertag erklärt, daß die gegenwärtige Handhabung des Subventionswesens das Handwerk in keiner Weise befriedige. Er ist überzeugt, daß eine durchgreifende Besserung nur dann eintreten könne, wenn nachstehenden Wünschen Rechnung getragen werde:

- 1. Zuzugung von Sachverständigen bei Aufstellung der Kostenanschläge und bei Aufschreibung von Arbeiten;
2. Ernennung von Sachverständigen, welche gemeinschaftlich mit den Anwärtern die eingegangenen Offerten unter Zuzugung der Selbstkosten zu prüfen haben;
3. Ausschneiden aller Angebote, die die Selbstkosten nicht decken;
4. Einziehung der Beschlüsse an die Sachverständigen, die

Arbeiten und Lieferungen während und nach der Ausführung zu kontrollieren;

5. freihändige Vergabe städtischer und staatlicher Arbeiten und Lieferungen an Handwerker-Organisationen und ähnliche gewerbliche Vereinigungen;

6. Vereinbarung von Minimalpreisen mit den Handwerker-Korporationen und Berufsgruppen für die freihändig zur Vergabe gelangenden städtischen und staatlichen Arbeiten und Lieferungen.

Da diese Materie auch auf dem morgen stattfindenden Arbeitgeberverbandstag behandelt wird, sah man von einer Abstimmung über diese Resolution ab.

Schulz-Leipzig behandelt das Thema Innungen und Arbeitgeberverbände

und broch eine Lanze für die Innungen, die sich im allgemeinen bewährt hätten durch eine Reihe von praktischen Einrichtungen, wie eigener Arbeitsnachweis, Krankenkassen usw. Er möchte nur darauf hinweisen, daß sich das Gesamtvermögen der deutschen Innungen auf 12 Millionen Mark beläuft. Einen Gegenstoß von Innungen und Arbeitgeberverbänden könne er nicht anerkennen und deshalb sei er dagegen, daß man ohne weiteres Innungen zugunsten von Arbeitgeberverbänden auflöse. In gut geleiteten Innungen erblicke er die beste Unterstützung der Arbeitgeberverbände.

Korreferent Stolz-München hält die Innungen für die verkehrteste Organisation, die je geschaffen. Neue Innungsgründungen seien jedenfalls zu vermeiden. Er schlägt folgende Resolution vor:

Der dritte deutsche Malertag spricht die Überzeugung aus, daß die wirtschaftlichen Interessen des gesamten deutschen Malergewerbes im Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände für das Malergewerbe ihre geeignete Vertretung finden. Die Teilnehmer an dem dritten deutschen Malertag erklären sich deshalb für die Stärkung und den weiteren Ausbau des Hauptverbandes Sorge zu tragen zu wollen. Insbesondere verpflichten sie sich, überall dort, wo es den Innungen als solchen nicht gestattet ist, den Arbeitgeberverbänden beizutreten, Ortsgruppen derselben zu errichten und diese den zuständigen Gewerbeverbänden anzuschließen.

Nach längerer Debatte wird dieser Resolution zugestimmt und der Malertag geschlossen.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 14. September 1908.

25. Stiftungsfest des Feuerwehr-Singchors Mannheim.

Am Samstag abend fand bei zahlreicher Beteiligung das Festbankett

statt. Erschienen waren die Herren Bürgermeister Dr. Jinter und Polizeidirektor Dr. Korn als Vertreter der Behörden, sowie Ehrenkommandant W. Bouquet, Ehrenadjutant P. P. P., Hauptmann Karl Grunewald und mehrere Mitglieder des Verwaltungsrats der freiwilligen Feuerwehr. Auch hatten in freundschaftlicher Weise der Singchor der Heinrich Lang-Feuerwehr und der Gesangsverein „Aurelia“ der Einladung Folge geleistet. Nachdem der Gründungsmarsch der Wehrkapelle und der Chor „Grüß an das Vaterland“ erklungen waren, hielt der 1. Vorsitzende des Singchors, Herr H. Heller, die feierliche Rede, in der er die Weiden und Freienden des Jubeljahres von der Gründung bis zum heutigen Tage schilderte. Abends sang Frau Julia Grether 3 Lieder, welche sie mit ihrem hellen, glanzvollen Sopran vorzüglich am Vortrag brachte. Das Violin- und Zitherrio der Herren Baumgart, Scherer und Dahmer mußte sich zu einer Zugabe verstehen.

Herr Heller bestieg darauf abermals das Podium, um die eingeladenen Glückwünsche bekanntzugeben. Diese übermittelte Herr Oberbürgermeister Martin, der am Ertrinken verhindert war, Bürgermeister Alois Dören, Männergesangsverein Mannheim, Karl Wolf-München, Niederhalle, Gesangsverein Aurelia. Die Herren Polizeidirektor Dr. Korn und Bürgermeister Dr. Jinter gratulierten namens der Behörden. In einer weiteren Ansprache wies Herr Ehrenadjutant P. P. P. einen historischen Rückblick auf die Entwicklung des Singchors. Nach dem Vortrag „Maienacht“ der Gesangsabteilung der Heinrich Lang-Feuerwehr überreichte ihr Dirigent, Herr J. P. P. mit einem poetischen Glückwunsch einen silbernen Pokal. Nunmehr folgten die Ehrungen der Gründungsmitglieder. Als Herr Heller Herrn Ehrenkommandant Bouquet auf die Bühne holte und diesem nach einer Ansprache in Anbetracht seiner speziellen Verdienste um den Feuerwehrsingchor einen prachtvollen silbernen Becher überreichte, fand dieser ohne weiteres Worte des Dankes. Weiter wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt: Hauptmann Grunewald, Adjutant Marx und Obmann Hill. Diplome erhielten Jean Ros für 42jährige Dienstzeit und der 2. Vorsitzende G. Scholl für 15jährige Dienstzeit. Ringe erhielten Jean Greber, J. Wiese und H. Ober. Der 1. Vorsitzende, Herr Heller wurde zum Schluß von seinen Kameraden mit einem Weinservice bedacht. Die kleine Drollbühne Elfe Gerlach erregte mit ihren Vorträgen „Düss lag i nett“, Geburtstagsgratulation und „Reihner Vorkantigärten“, durch ihre Bühnendrucke alleseitige Bewunderung, die durch die liebliche Stimme noch erhöht wurde. Nach dem Chor „Der Fremdenlogionär“ der „Aurelia“ endigte der erste Teil des Programms.

Der zweite Teil begann nach einer Musikpause mit den Chören „Vergessenheit“ von „Aurelia“ und Singchor gemeinsam und „Mein Heimatvolk“, von letzterem allein vorgetragen. Nun folgten zwei Duette von Fräulein Grether und Herrn Konstantin P. Stump, Herr Stump, der im ersten Teil auch „Wolframs Gesang“ aus „Tannhäuser“ zum Vortrag brachte, verließ über einen herrlichen Bariton, der sowohl in der Tiefe, als auch in den höheren Tönen in vorzüglichem Wohlklang zur Geltung kam. Herr Stump sang dann noch das „Lied des Hünold Rings“ und „Widmung“ von Schumann, gleichwertig und konnte den darauffolgenden Applaus nur mit einer Zugabe zufriedenstellen. Nach einigen Musikstücken wurde das Festbankett beendet.

Sonntag nachmittag stellte sich der Festzug an den kleinen Plätzen auf und unter klingendem Spiel ging wiederum zur „Kaiserhütte“ zur

Bannerweihe.

Dort begann die Feier mit der Festouverture der Feuerwehrkapelle. Erschienen waren als Vertreter der Behörden Herr Geh. Oberregierungsrat Pisker, Herr Stadtrat Dangel, sowie die Deputation des Verwaltungsrats der freiwilligen Feuerwehr. Die Wehren der Firmen Heinrich Lang und Hopp u. Reuther, sowie von Frankenthal, Friedrichsfeld und Schwepingen waren teils in größerer Anzahl, teils in Deputationen anwesend. Nach dem Chor „Weibe des Gelanges“ betrat Frau

Scholl die Bühne und sprach den Prolog zu dem eigentlichen Fest. Als die Hölle des Banners fiel, überreichte Herr Adjutant Hopp mit demselben mit einer Ansprache dem Jubelchor. Das Banner wurde hierauf von Herrn Hänger übernommen. Darauf übergab Frau Wiele die von den Frauen und Jungfrauen gestiftete Schleife. Herr Delant sang noch zwei Lieder für Bariton. Mit einer Kinderpolonaise erreichte dann die schön verlaufene Feier um 5 Uhr ihr Ende.

Mit freudigem Stolz kann der Feuerwehrsingchor auf sein Jubelfest zurückblicken. Möge es ihm vergönnt sein, noch recht viele derartige Feste zu feiern und möge der kameradschaftliche Geist, der in den Reihen der wackeren Sänger herrscht, immerfort so bleiben. Abends begann der Festball bei zahlreicher Beteiligung von Jung und Alt. Erst in den frühen Morgenstunden leerte sich allmählich der Saal und man ging mit dem Bewußtsein nach Hause, mit dem Feuerwehr-Singchor wieder ein schönes Fest gefeiert zu haben.

* Zentral-Verein für Hebung der deutschen Fluss- und Kanalschiffahrt. Die in den Tagen vom 17.-19. September d. J. in Worms stattfindende Wanderversammlung des „Zentral-Vereins für Hebung der deutschen Fluss- und Kanalschiffahrt“ verspricht nach den bis jetzt vorliegenden Anmeldungen außerordentlich besucht zu werden. Der Festauschuss in Worms hat umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um die auswärtigen Teilnehmer an der Tagung gütlich zu empfangen. Anmeldungen zur Teilnahme sind jederzeit an das städtische Verkehrssekretariat der Geogr. Bürgermeisterei zu Worms zu richten.

* Detailistenversammlung. Von der Vereinigung Mannheim Detailisten wird uns geschrieben: Zu Ihrem Bericht über die Versammlung des Verbandes selbständiger Kaufleute u. s. w. betr. Hausierhandel und Sonntagssruhe, gestatten wir uns höchlich zu bemerken, daß diese Versammlung neben dem genannten Verband auch von der Vereinigung der Mannheim Detailisten sowie der Vereinigung der Schuhwarenhandler Mannheim-Ludwigshafen veranstaltet und besucht war. Auch die Handelskammer war vertreten. Hinsichtlich der Sonntagssruhe wurde übereinstimmend angefaßt, daß die Mannheimer Geschäftsleute durch die Aufhebung des Ordinalstatuts für die Monate Oktober und November in Ludwigshafen sicher erheblich geschädigt würden und zwar vorzugsweise dadurch, daß die Landkutscherei der Pfalz, die bisher in Mannheim gekauft hatte, nach Ludwigshafen abgedrängt würde. Darüber bestand Meinungsverschiedenheit, ob auch Mannheimer Kutscherei sich nach Ludwigshafen ziehen lasse. Wenn Ludwigshafen die Konkurrenz ganz kleiner Plätze wie Speyer anführe, so käme für Mannheim viel eher die Konkurrenz von Ludwigshafen, das sich in geschäftlicher Beziehung sehr entwickelt habe, in Betracht. Diese Gründe und der Umstand, daß man das Bestehen an einer getroffenen Vereinbarung mit Zug und Recht verlangen könnte, nötigen dazu, vom Stadtrat die Gleichstellung mit Ludwigshafen zu verlangen. Man rechnet dabei auf die Zustimmung des Stadtrats und die Mitwirkung der Gesellschaft als etwas in einem solchen Fall ganz selbstverständliches. In dem Bestreben, den alten Zustand wieder herbeizuführen, sei dafür die Gesellschaft der Mitwirkung der hiesigen Prinzipale sicher. Die Aufhebung des Ordinalstatuts für Oktober und November sei vor etwa acht Tagen von der königlichen Regierung in Speyer genehmigt worden.

* Ferienkurse im Festen und Bogens. Herr Festmeister Gottgeiren-Riedel, bisher an der Handelsschule Köln, beginnt hier in Mannheim, Vollenstraße 75, neue Ferienkurse im Festen und Bogens.

* Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, der Präsident des morgen hier tagenden Mitteldeutschen Wirtschaftsvereins, ist, wie bereits gemeldet, hier eingetroffen und hat im Parkhotel Wohnung genommen. Der Herzog benutzte, wie wir erfahren, den heutigen Tag zu Besichtigungen von industriellen Einrichtungen und zwar besuchte er vormittags die Ludwigshafener Walzmühle und nachmittags die Maschinenfabrik von Heinrich Lang. Von 5 Uhr ab präsierte er Sitzungen des Direktoriums und Ausschusses des Mitteldeutschen Wirtschaftsvereins und für heute Abend hat er sein Erscheinen zu einem Abendessen zugesagt, das Herr Geh. Hofrat Dr. Decht in seiner Wohnung gibt. Ueber die Besichtigung der Ludwigshafener Walzmühle durch Herzog Ernst Günther erfahren wir folgendes: Der Herzog, der in Begleitung von mehreren Herren vom Mitteldeutschen Wirtschaftsverein um 11 Uhr am Eingang zum Stahlwerk eintraf, wurde dort von den beiden Direktoren, Herren Krimm und Kaufmann, empfangen und durch sämtliche vier Betriebe geleitet. Wie sehr sich der Herzog für alle Betriebseinrichtungen auf das lebhafteste interessierte und Alles auf das eingehendste besichtigte, geht wohl allein schon aus der Tatsache hervor, daß er über 2 1/2 Stunden in dem Stahlwerk verweilte. Seinen besonderen Interesse begegnete die Zusammenfügung der Weizenmischungen zur Erzielung der Wasserdichtigkeit des Mehlens, wie überhaupt alle Produktionszweige, die den Landwirt — der Herzog ist in seiner Eigenschaft als Großgrundbesitzer praktischer Landwirt — in erster Linie betreffen müssen. Der Herzog war von dem Weichen hochgeehrt und sprach wiederholt seine bewundernde Anerkennung über den in jeder Beziehung musterhaften Mehlbetrieb aus.

* Papi Weis kommt! Eine ganz originelle Erscheinung auf dem Gebiet des Humors, die Wiener Sourette Papi Weis, wird vom 17. ab im Rosinosaal ein viertägliches Gastspiel absolvieren. Die große Komikerin und ihre Ensemble wird allen denen bekannt sein, die in den letzten Jahren des Berliner Lebens verfolgt haben, denn dort ist Papi Weis erst berufen worden und Berliner Blätter haben sie des öfteren als Berlins populärste und größte Sourette bezeichnet. Die meisten unserer Leser kennen insofern die Künstlerin und ihr Ensemble nicht und denen sei dieses Gastspiel wirklich empfohlen.

* Neuer Meistertanz. Die Firma Gebrüder Kröll hat in Willingen, Holland, auf der Schiffwerft Bodewes einen neuen Kahn erbauen lassen, der sich auf der ersten Bergreise im Straßburg befindet. Der Kahn faßt 14 000 Lotten und ist 80 Mtr. lang. Er trägt den Namen „Jakob Kröll“.

* Das gesamte Personal des Instituts „Argus“ ist nicht wechselhaft, wie aus folgender Auskunft des Herrn H. H. Dr. Lehmann hervorgeht: Unter Bezugnahme auf die in Ihrer Samstag-Ausgabe enthaltene Notiz, daß das gesamte Personal des Instituts „Argus“ verhaftet sei, erlaube ich Sie namens der genannten Firma, eine Verichtigung dahin zu bringen, daß dies nicht zutrifft, daß vielmehr das Geschäft fortgeführt wird von den zwei Angestellten, nämlich dem pensionierten Schatzmann Heinrich Witzig und von dem früheren freiwillig ausgehenden Johann Söll.

* Verhafteter Stillschreiber. Wie uns unser Korrespondent a. S. (Korrespondent) meldet, wurde der von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Stillschreibens verdächtig verfolgte Kaufmann Georg Dechant am Samstag in Mannheim a. S. verhaftet, als er sich auf dem Rathaus bei der Verpflegungstation das läbliche Orchester holen wollte.

* Verichtigung. In der Gerichtszeitung unserer Samstag-Abendnummer soll der von der Ferienkammer II im 3. Fall verurteilte Angeklagte nicht Wilhelm Stix, sondern Wilhelm Stix heißen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Musikverein. In der im Juli stattgehabten Generalversammlung fanden sämtliche Punkte der Tagesordnung Genehmigung und

anstelle des von hier verzogenen Herrn Hofrat Dr. Felix Hoff wurde Herr Hofrat Karl Lang in den Vorstand gewählt, den nunmehr die Herren Geh. Oberregierungsrat Alex. Pfisterer (Präsident), Emil Fedel, Heinrich Hoff, Dr. Herens, Eduard Lodenburg, Karl Lang, August Mayer und August Oppenheim bilden. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Herrn Hofkapellmeisters G. Kuchelbach. Wie aus dem heutigen Inserat ersichtlich, nehmen die Proben am nächsten Mittwoch, den 16. September ihren Anfang. Das erste Konzert — Anfang November — bringt als Novität den Kinderzug von G. Pierné, das zweite — Mitte Januar — ist Joh. Brahms und Hugo Wolf gewidmet und am Charfreitag wird zur Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins die große Messe in G-Moll von Joh. Seb. Bach zur Ausführung gelangen. — Es wäre erstreblich, wenn sich aus der großen Zahl singender Damen und Herren unserer Stadt recht viele dem Chor anschließen wollten und dem Verein durch Zugang zahlreicher passiver Mitglieder weitere Mittel zur künstlerischen Ausgestaltung seiner Darbietungen zufließen würden. (Anmeldungen nimmt die Hofmusikkapellleitung von H. Fedel entgegen.)

Musikalisch-dramatischer Abend. Herr Pianist Paul Stöge und Herr Hofkapellmeister Karl Fischer, Kunstreich, veranstalten kommenden Samstag, den 19. ds. Mts., einen musikalisch-dramatischen Abend. Zum Vortrag gelangt Kean's „Enoch Arden“ mit der begleitenden Musik von Richard Strauss. Näheres über Lokal und Kartenverkauf wird in Kürze bekannt gegeben.

„Fischer's Insektentier“ ging, wie wir erfahren, am Samstag und Sonntag am Münchner Gärtnerplatztheater bei ausverkauftem Hause mit bestem Erfolge in Szene. Nach dem zweiten Akt wurden Darsteller und Komponist achtmal, nach dem dritten Akt sechsmal gerufen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Eigener telephonischer Bericht.)

Oh. Kärnberg, 14. Sept.

Im Herules-Velodrom, das unweit des Theatersgebäudes gelegen ist, begannen heute morgen die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages.

An den Längswänden des mit Kieferbäumen umstellten großen Saales sind mit Tausendern umrannte weiße Schilde angebracht, welche verschiedene Wahlprüfsteine des zielbewussten Proletariats tragen, wie z. B.: „Trotzig kämpfen, nie versagen, kaltes Blut, alles wagen!“ Auf dem Podium erhebt sich im Hintergrunde unter einem roten Baldachin von elektrischem Licht beleuchtet, die Göttin der Freiheit. Rechts und links sind Wästen von Marx und Lassalle aufgestellt.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung war Bebel noch nicht erschienen, er traf erst später im Saale ein. Sein Aussehen ist außerordentlich schlecht. Am Pult haben auch Vertreter der österreichischen, englischen, französischen und holländischen Presse Platz genommen.

Singer eröffnet kurz nach 9 Uhr den Parteitag. Zunächst erfolgte die Konstituierung desselben durch die Schriftführer der Mandatprüfungs-Kommission und der Schwerdel-Kommission, sowie durch

Einsicht der Tagesordnung.

Der Antrag, auf die Tagesordnung des Parteitages die Genossenschaftsbewegung zu setzen, wurde zurückgestellt. Der Antrag auf dem heutigen Parteitag die auswärtsige Lage, als besonderen Punkt zu setzen, wird dagegen mit einer kleinen Mehrheit abgelehnt.

Singer beantragt Johann die Budgetfrage

Hinter Punkt 8 der Tagesordnung (Parlamentarischer Bericht) besonders zu behandeln, als Referenten Bebel aufzustellen und als Correferenten je einen holländischen und holländischen Genossen mit unbeschränkter Redezeit, damit diese ihre Gründe ausführlich darlegen könnten.

Singers Antrag findet die Mehrheit des Parteitages, hingegen wird ein Augsburger Antrag abgelehnt, wonach die Budgetfrage durch eine 10gliedrige Kommission behandelt werden soll. Die Verhandlungsdauer des Parteitages wird von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 7 Uhr nachmittags festgelegt.

Die Begründung des Parteitages

Der ausländische Sozialdemokrat leitete eine in englischer Sprache gehaltene Rede von Ritter Quack ein, der bekanntlich im vorigen Jahre bei dem internationalen Parteitag in Stuttgart die herrschende Klasse als Räuber und Mörder bezeichnet hatte, und daraufhin ausgewiesen wurde.

Reichstagsabg. Debehour überreichte diese Rede. Die Sicherung des Friedens hielten die englischen Genossen für eine der wichtigsten Fragen und sie würden alles tun, um jeden Konflikt zwischen England und Deutschland im Keime zu ersticken. Die Wähler seien in überwiegender Mehrheit nichtig gefasst. Die englischen Genossen hätten dagegen protestiert, daß die englische Flotte nach Kronstadt ging, weil sie darin eine gegen Deutschland gerichtete Demonstration erblickten, und sie hätten dagegen protestiert, daß König Edward nach Reval ging, um die Hand der blutigen Jaren zu drücken, die vom Blut der eigenen Untertanen triefe. Die Wähler seien reif genug, um ihr Schicksal selbst zu beschließen.

Sander-London überbrachte die Grüße der Independent Labour Party und begründete die preussische Sozialdemokratie zu ihrem Erfolg bei den letzten Landtagswahlen.

Winarzki-Wien erklärte, daß die österreichische Sozialdemokratie von den Deutschen lernen wolle und daß auch in Österreich die Parole des Zusammenschlusses aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie ausgegeben worden sei.

Die Annexion des Kongo durch Belgien rechtfertigt Huismann-Brüssel. Der sehr verlebte aber sehr wenig beliebte König Leopold habe es mit der Zeit zu hint getrieben. König Leopold habe versprochen, den Kongo unentgeltlich an Belgien abzutreten. Das habe er getan; er habe aber ein Triebgeld von 54 Millionen verlangt. Durch die Annexion sei Belgien in die englisch-deutschen Gegensätze hineingedrängt und um seine Neutralität gekommen.

Die Grüße der russisch-jüdischen Arbeiterpartei überbrachte der Genosse Schönbarg-Moskau.

Nun trat der Parteitag in die Tagesordnung ein. Ueber den bereits veröffentlichten

Bericht des Parteivorstandes.

soweit er die Organisation im allgemeinen, der Frauen und die Jugendorganisation betrifft, referierte Müller-Berlin. Am besten organisiert sei Leipzig-Land, wo 41,7 Prozent der Wähler organisiert seien. Dann folge Hannover, Kärnberg, Erlangen usw. Das Vereinsgesetz hat Berichterstatter in der bekannten sozialdemokratischen Weise ab-

Die Frage der Organisation der Land- und Waldarbeiter soll in der Weise gelöst werden, daß eine besondere, von der Organisation der Industriearbeiter unabhängige Organisation geschaffen werde. Was gegen die Parteischule vorgebracht werde, sei in keiner Weise gerechtfertigt, um eine

Veränderung vorzunehmen. Daron, daß die Parteischule aufgehoben werden könnte, soll mit keinem Wort die Rede sein. In der Parteischule sollen keine Agitatoren dressiert werden, wie in der Agitationsschule des Reichsverbandes zur Befähigung der Sozialdemokratie, der nichts weiteres als ein Abkalt der W-Glabdader Parteischule nur in evangelischer Uebersetzung sei. In der Parteischule werde das Hauptgewicht auf das Methodische des Unterrichts gelegt. Das am 15. Juli errichtete Pressebureau werde besonders von der Provinzpresse gerne benutzt.

Zur Organisation der Frauen bemerkte der Berichterstatter, daß die Frauen nur deshalb zu den politischen Versammlungen zugelassen wurden, weil die Karrieren nicht länger ohne Frauen im Jirtus Busch togen wollten. Die nach dem Bremer Parteitag im Jahre 1904 gegründete Jugendorganisation, die sich in Süddeutschland als politische, in Norddeutschland als unpolitische Organisation aufgetan habe, sei weder eine Gründung der Partei, noch der Gewerkschaften. Die Partei verhalte sich ihr gegenüber abwartend. Die Jugendorganisation könne, nach den heutigen Gesetzen nur unpolitischen Bildungsorganisationen angeschlossen werden. Keuchert schmerzte es, die Reaktionen zu erweitern, da der Mangel an geeigneten Kräften hier groß sei. Wenn z. B. die Leipziger Volkszeitung solange keinen weiteren Reaktor fand, so sei nicht der einzige Grund gewesen, daß Dr. Venzl durchs einen akademisch gebildeten Reaktor haben wollte, „um einen sozialistischen Kollegen auf der Rektion zu haben.“ (Große Heiterkeit.)

Ueber den Teil des Geschäftsberichts, der sich mit den Einigungsverhandlungen zwischen den Zentralorganisationen und den Lokallisten beschäftigt, referierte Oberst-Berlin. Durch diese Einigungsverhandlungen sind 5000 Lokallisten dem Zentralverband zugeführt worden. Ueber die Zahl der freien Vereinigungen angehörigen Lokallisten könne keine nähere Mitteilung gemacht werden. Die Lokallisten seien stets über die Partei her. Ihr Blatt spreche von „händischer Ergebenheit, besahnen Berl. Parteireaktoren, die dem Parteigötzen nachlaufen. (Heftige Pfuirufe.) Diefem müsse ein Ende gemacht werden. Wir müssen eine klare Scheidelinie zwischen uns und ihnen ziehen. Wir müssen erklären, daß jede Tätigkeit für die freie Vereinigung unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zu der Sozialdemokratie.

Genosse Schulze berichtete über den Teil des Geschäftsberichts, der sich mit den Bildungsausschüssen befaßt. Die Sozialdemokraten wollten nicht die leichten Bettel-Luppen der bürgerlichen Gesellschaft, die Bildungsausschüsse, wie sich einmal Genosse Bebel ausgedrückt, sondern die Klassenbewußte Ausbildung der Arbeiter. Ueberall wo Scherl mit seiner Bibliothek hinkomme, sollte die Arbeiterklasse durch Flugblätter aufgeklärt werden. Der Antrag, eine Weltgeschichte herauszugeben, siehe der Bildungsausschuss sympathisch gegenüber, doch ständen diesem Vorhaben große Schwierigkeiten entgegen.

In der Nachmittags Sitzung wird die

Berichterstatter des Parteivorstandes

fortgesetzt. Der Berliner Parteivorstandsmittglied Gerisch referiert über Kaffe und Preise. Mit unerschrockenem Schmerz konstatiert er, daß 30 000 M. zu wenig an die Parteikasse bezahlt worden seien. So haben die Bräuen 30 000 M., die Nagern 600 M. zu wenig bezahlt. Dagegen haben die Sachsen über ihr Pflichtmaß 5000 M., die Württemberger 600 M. bezahlt. Die Hamburger haben gar das 4fache aufgebracht, damit die Berliner geizig, die nur das 1/4fache aufgebracht, haben. Besonders der holländischen Genossen ist leider eine Kontrolle nicht möglich gewesen, weil sie sich auch hier Schweigegebot auferlegt haben. Sie meinen, der Berliner Parteivorstand kann lange fragen, ob wir uns in unsere Töpfe schauen lassen. Auch die Lübecker scheinen Anhänger des Schweigegebots zu sein.

Während im Jahre 1906/07 der Abonnentenzuwachs der sozialdemokratischen Presse 302 000 Abonnenten betrug betrug er 1907/08 nur 11 589. Der Berichterstatter führt diesen außerordentlichen Rückgang auf die wirtschaftliche Krise zurück. In Wirklichkeit dürfte dies wohl auch auf jene Ursache zurückzuführen sein, welche der Sozialdemokratie bei den Wahlen 1907 eine empfindliche Niederlage bereitete.

Der in Dresden durchgefallene Genosse Raden erstattete Bericht der Kontrollkommission, die sich mit Beschwerden ausgetragener Parteigenossen zu beschäftigen hat. Zu erwähnen ist, daß beispielsweise ein Genosse aus der Bälinger Organisation aufgestoßen worden ist, weil er sich an einer Donation für den Grafen Drisla in Bäligen beteiligte, wodurch er das Mißfallen der Genossen erregte. Ein anderer Genosse wurde ausgeschlossen, weil er mit Streikbrechern zusammenarbeitete. Nachdem noch Raden des verstorbenen Mitgliedes der Kontrollkommission, Abgeordneten Ehrhart, gedacht hat, beginnt die Debatte über die sämtlichen Berichte.

Es wird ein Antrag angenommen, wonach die 3 Anträge, die zur Frage der Jugendorganisation vorliegen und die Beizüge der Vertrauenskommission einer 17gliedrigen Kommission überwiesen werden. Die Frage der Frauenorganisation wird in der Diskussion getrennt behandelt.

In der heutigen Nachmittagsitzung lief folgende vom Parteivorstand und Kontrollkommission zur Budgetfrage

gestellte Resolution ein:

Der Parteitag befähigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die ausprechen:

Daß der Staat, solange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der beschlossenen Volkswaffen bildet, daß die politische Aufgabe des politischen Klassenkampfes die Abschaffung der Eroberung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner ist, daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.

Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die gesamte Abstimmung über das Budget als Vertrauensvotum an die Regierung aufgesetzt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtzustimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die arbeitende Klasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden.

Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der beschlossenen Volkswaffen, die eine unerschütterliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.

Die arbeitenden Klassen immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerlässliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit.

Spaltung der Sozialdemokratie?

Unter Bezugnahme auf die von uns am Samstag gewürdigte Auseinandersetzung Kolbs mit dem „Vormärts“ über die sozialdemokratische Politik schreibt der Karlsruher Korrespondent der „Straß. Post“:

Abg. Kolb hat sich in dem Streit bis jetzt so weit vorwärts bewegt, daß er, ohne seine Reputation einzubüßen, nicht mehr zurück kann. Er ist auch, nach allem was man hört, entschlossen, den Kampf mit aller Energie durchzuführen und auch vor einer Spaltung der Partei nicht zurückzuschrecken. Er vertraut, daß die überwiegende Mehrheit der süddeutschen Genossen ihn unterstützen werde.

Am Samstag schrieb der Karlsruher „Volkfreund“ in einem Begrüßungsartikel zum Kärnberger Parteitag, es gebe nicht wenige Genossen, welche über die Einheit der Partei bangen geworden seien. Die Geduld der süddeutschen Genossen sei völlig erschöpft. Die Mitglieder der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsfraktionen, welche für das Budget votierten, könnten unmöglich einem Beschlusse zustimmen, der die Zustimmung zum Finanzgesetz als mit den Grundfragen der Partei unvereinbar und daher grundsätzlich als verbotlich charakterisiere. Hier stehe die politische Ehre der süddeutschen Landtagsfraktionen und die Selbstständigkeit der Landesorganisationen in politischen Fragen für die Landespolitik auf dem Spiele. Darüber müsse volle Klarheit herrschen.

Von Tag zu Tag.

— Aufgefundene Mannesleiche. Köln, 14. September. In der Biegelhütte zwischen Ronsdorf und Goinningen wurde, einem Telegramm der Kölnischen Zeitung zufolge, eine völlig entleerte Mannesleiche aufgefunden. Der Mann war mit Knippen erschlagen worden. In der Hütte hatten acht bis neun Personen übernachtet, die angeblich von anderen Leuten überfallen worden zu sein. Einer der Ueberfallenen war schwer verwundet. Auf dem Kampfplatz wurden die Legitimations-Papiere des Schwerverwundeten, sowie Messer, Gürtel und Kleider gefunden.

— Ein Automobilunglück durch einen betrunkenen Radfahrer. Jütten, 14. Sept. Gestern Abend ereignete sich auf der Jütten-Görlicher Chaussee ein schweres Automobilunglück. Ein Automobil überfuhr bei dem Versuch auszuweichen einen im Rückgrad vor dem Fahrzeug verfahrenen betrunkenen Radfahrer, rannte dabei einen Chausseebaum an und überschlug sich. In dem Automobil befanden sich außer dem Chauffeur der Provinzial- und Görlicher Maschinenbauanstalt Geisen mit seiner Frau und seinem zehnjährigen Knaben sowie Maschinenfabrikant Reinhold Wiedemann mit Frau aus Grlitz. Sämtliche Insassen wurden etwa 15 Meter weit ins Feld geschleudert. Die Herren Geisen und Wiedemann sowie der Chauffeur wurden mehr oder weniger schwer verletzt, während die Damen und das Kind mit dem Schrecken davon kamen. Der Radfahrer, ein Gutsbesitzerjohn aus Seitendorf, blieb sofort tot. Das Automobil wurde vollständig zertrümmert.

— Raub. St. Gallen, 14. Sept. In Rothach wurde einer Dame im Nachtschnellzug München—Zürich 30 000 Kronen gestohlen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Königsbach (W. Durlach), 14. Sept. Der hier zu Besuch weilende 15jährige Freiherr Karl Göhler von Rabensburg, Unterleutnant des Karlsruher Grenadierbataillons, ist gestern nachmittag halb 3 Uhr auf der Jagd tödlich verunglückt. Der junge Mann irrte bei der Wildsuche, als er durch ein Gebüsch trat, mit dem geladenen Gewehr an einen Zweig, wobei der Schuß losging und den Ungefährlichen in die Lunge traf. Der Tod trat alsbald nach dem tiefbedauerlichen Unglück ein.

* Karlsruhe, 14. Sept. Wie die „Karlsruher Zig.“ aus festerer Quelle vernimmt, ist die Nachricht, daß der Vortragende Rat im Ministerium des Großh. Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten für den Posten eines Gesandten am bayerischen und württembergischen Hofe aussersehen sei, zutreffend.

* Stuttgart, 14. Sept. Die neueste Nummer des „Simplissimus“ wurde beschlagnahmt wegen des Bildes: „Aus dem Mutterlande Baden.“

* Allenstein, 14. Sept. Wie die „Allenstein. Zig.“ meldet, ist das Mitglied des Herrenhauses, früherer Landtagsabgeordneter Rittergutsbesitzer Kniffel, auf 1814, gestorben.

* Konstantinopel, 14. Sept. Auf der gesamten anatolischen Bahn und auf der ersten Sektion der Bagdad-Bahn ist heute der General-Streik begonnen worden.

* Konstantinopel, 14. Sept. Die meisten Häuser der anatolischen Bahnen. Die Ministerien und viele Geschäftshäuser sind heute zur Hälfte leer, da eine große Anzahl der Beamten in den anatolischen Vororten wohnen. Die Regierung ist sehr entschlossen, wegen der tiefgehenden Wirkungen und der Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln den Verkehr durch Soldaten aufrecht zu erhalten.

* Petersburg, 14. Sept. Der deutsche Botschafter trat heute einen zwei Monate dauernden Urlaub nach dem Ausland an. Der Geschäftsträger während dieser Zeit ist Botschaftsrat v. Riquel.

Zur Reichsfinanzreform.

* Ludwigshafen, 14. Sept. Der gestern in Kaiserslautern abgehaltene Verbandstag der pfälzischen Kaufleute und Gewerbetreibenden erklärte sich laut „Ziff. Zig.“ entschieden gegen die Einführung der Reichsteuer auf Gas und Elektrizität als eine ungerechte neue Belastung des ohnehin schon schwer belasteten Standes der Kaufleute.

* München, 12. Sept. Wie verlautet, werden am Freitag, den 18. September, die Finanzminister der Einzelstaaten in Berlin zusammentreten, um zu der Reichsfinanzreform nach den Entwürfen des Staatssekretärs Sydow Stellung zu nehmen.

Marokko

* Berlin, 14. Sept. Der französische Botschafter und nach ihm der spanische Geschäftsträger überreichten heute der deutschen Regierung eine authentische Note über die Marokko-Politik.

Die Cholera

* Petersburg, 14. Sept. Im Laufe des Monats September sind hier 118 Personen an Cholera erkrankt und 34 gestorben. Die Gesamtzahl der Erkrankungen beträgt bis jetzt 258.

Volkswirtschaft.

Vom Kali-Syndikat.

Die neuesten Verhandlungen des Kali-Syndikats mit den jüngsten sechs Syndikatsanwärtern haben bisher den Verlauf genommen, den man gemäß den früheren Verhandlungen des Syndikats mit augenscheinlichen Vorzügen vorangeführt hatte. Die Verhandlungssache spielte auch diesmal wieder eine ausschlaggebende Rolle, da die aufzunehmenden Werke zunächst eine zu hohe Beteiligungssumme forderten, während das Syndikat eine nach Ansicht der jungen Werke zu niedrige Beteiligung anbot. Nach längeren Verhandlungen hat man sich, wie stets vorher, auf einer mittleren Linie geeinigt, jedoch von den sechs zur Aufnahme in das Syndikat reifen Werken bereits fünf als aufgenommen gelten können, während mit dem sechsten die Verhandlungen noch schweben, aber am Montag wohl ebenfalls zum Abschluss gelangen dürften. Etwas neues ist bei den diesmaligen Syndikatsverhandlungen in die Erscheinung getreten, und zwar bei einer Kaligewerkschaft, mit der die Vorverhandlungen mit dem Syndikat bereits zu einem befriedigenden Abschluss geführt hatten, so daß eigentlich nur noch eine Formlichkeit zu erfüllen war, indem die Gesellschaftsversammlung des Kali-Syndikats die Beschlüsse gutzuheißen hatte, die vorher von der Aufnahmecommission und vom Aufsichtsrat des Kali-Syndikats über diese Gewerkschaft gefaßt worden waren. Es handelt sich hierbei um die Kaligewerkschaft Deutschland in Hannover. Nachdem am 24. Mai 1907 durch die Befragungskommission des Kali-Syndikats eine Befragung des Werkes stattgefunden hatte, wurde zunächst mit dem Kali-Syndikat ein vorläufiger Vertrag abgeschlossen, wonach das Syndikat sich verpflichtete, bis Ende August 1907 100.000 Tz. der Gruppe 4 im Werte von rund 120.000 Mark abzunehmen. Es folgte dann eine Verlängerung des vorläufigen Vertrags vom 1. September bis 15. Oktober 1907 dahin, daß das Syndikat in dieser Zeit werktätig etwa 1200 Tz. Rohsalz der Gruppe 4 abzunehmen werde. Dieses Lieferungsversprechen wurde dann abermals verlängert, und zwar bis 30. April 1908, auf der Grundlage, daß die Gewerkschaft Deutschland werktätig in den Monaten Februar und März 1908 1500 Tz., im April 1200 Tz. Rohsalz der Gruppe 4 zum Versand bringen konnte. Eine Verlängerung des vorläufigen Vertrags über den 30. April 1908 hinaus hielt der Präsident der Kaligewerkschaft Deutschland auf Grund der Ausschularbeiten des Werkes für nicht mehr in den Interessen von Deutschland liegend und beantragte deshalb am 4. April 1908 beim Kali-Syndikat die Aufnahme der Verhandlungen über den Eintritt von Deutschland in das Kali-Syndikat. Diese Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Gewerkschaft Deutschland unter Inanspruchnahme einer Beteiligungssumme von 19 Tausend für das Jahr 1908 und von 19,24 Tausend für das Jahr 1909 mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1908 ab, vorbehaltlich des Zustimmung des Beschlusses der Gesellschaftsversammlung des Kali-Syndikats dem letzteren beitrete. Diese Gesellschaftsversammlung hat nun zwar am 5. September in Berlin stattgefunden, hat sich aber mit der Aufnahme der Kaligewerkschaft Deutschland in das Kali-Syndikat nicht befaßt, vielmehr ist diese Angelegenheit, wie es in dem amtlichen Bericht des Syndikats heißt, vertagt worden, d. h. die Gesellschaftsversammlung hat sich weder für noch gegen die Aufnahme von Deutschland ausgesprochen. Man hat nun laut "Köln. Stg." berichtet, für diese bilaterale Verhandlung der Angelegenheit Deutschland durch das Kali-Syndikat Gründe zu finden, und hat dabei darauf hingewiesen, daß die Aufnahme lediglich aus dem Grunde vertagt worden sei, um Deutschland nicht allein am 5. September aufnehmen zu müssen, da die Verhandlungen mit den übrigen 6 Werken zunächst Schwierigkeiten begegneten. In Wirklichkeit dürfte sich, wie zuverlässig verlautet, die Sache doch etwas anders verhalten. Den vor der Tür des Syndikats stehenden neuen Werken ist bekanntlich vom Kali-Syndikat eine Beteiligung angeboten worden, die sich mit Ausnahme von Hilsberg beträchtlich niedriger stellte als die Beteiligung, auf Grund deren die Aufnahme der Kaligewerkschaft Deutschland in das Kali-Syndikat erfolgen soll; denn Friedrichshall waren 16,50 Tausend, Ludwigshall 15 Tausend, Nordhausen und Teutonia je 16 Tausend angeboten worden, während Deutschland mit 19 bzw. 19,24 Tausend aufgenommen werden sollte. Diese Beteiligung von Deutschland verteilte den nach Ansicht des Syndikats zu hohen Beteiligungsforderungen der neu aufzunehmenden Werke immerhin eine Art Berechtigung, so daß das Syndikat, wenn die Gesellschaftsversammlung der Aufnahme von Deutschland mit einer Beteiligung von 19 und 19,24 Tausend sofort zugestimmt hätte, den Forderungen der neuen Werke gegenüber einen noch schwierigeren Stand gehabt haben würde. Es ist nicht anzunehmen, daß das Syndikat den neu aufzunehmenden Werken gesagt haben wird: Wenn Ihr Euch mit einer geringeren Beteiligung als der von Euch geforderten begnügt, werden wir auch die Gewerkschaft Deutschland veranlassen, daß ihr ebenfalls zum Kali-Syndikat mit einer geringeren Beteiligungssumme eintritt, als zu der von Aufnahmecommission und Aufsichtsrat ihr vorläufig zugesprochenen. Wenn jetzt von verschiedenen Seiten gemeldet wird, daß das Kali-Syndikat in neue Verhandlungen mit der Kaligewerkschaft Deutschland eintreten wolle, so ist von dieser Absicht des Syndikats den Kreisen, welche der Kaligewerkschaft Deutschland nahestehen, nichts bekannt, und es ist auch nicht anzunehmen, daß die Kaligewerkschaft Deutschland gewillt sein wird, von den ihr vertriebenen Rechten so ohne weiteres abzugeben. Aus diesen Gründen ist es auch nicht wahrscheinlich, daß das Kali-Syndikat den Versuch machen wird, Deutschland nachträglich mit einer geringeren Beteiligungssumme abzugeben, da dieser Versuch eine Desavouierung der Beschlüsse der Aufnahmecommission und des Aufsichtsrats des Kali-Syndikats bedeuten würde. Damit wäre aber wieder ein neuer Konfliktstoff im Kali-Syndikat gegeben, ganz abgesehen davon, daß eine derartige Maßregel auf das Ansehen des Syndikats ein schiefes Licht werfen und weitere Verhandlungen mit neu eintretenden Werken noch mehr als bisher erschweren würde. Unter diesen Umständen wird man am liebsten die Meldungen, welche von neuen Verhandlungen zwischen dem Kali-Syndikat und der Kaligewerkschaft Deutschland wissen wollen, etwas skeptisch aufzufassen. Sobald die Verhandlungen mit Zusammenbruch zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben werden, so daß also dann sämtliche sechs neue aufzunehmende Werke glänzend in den Reihen des Kali-Syndikats eingeleitet sind, werden auch die Meldungen über erneute Verhandlungen zwischen dem Kali-Syndikat und Kaligewerkschaft Deutschland verstummen.

Amerikanische Getreide-Zertifikate.

Der Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse (siehe telegraphische Handelsberichte im Samstag-Abendblatt) vertritt gegenwärtig an die größten Mühlen und Weizen-Einfuhrfirmen folgenden Rundschreiben: Nachdem im vorigen Jahr der gesamte europäische Getreidehandel Franz gemacht hat gegen die in den Vereinigten Staaten ausgestellten Weizen-Zertifikate, wangen jetzt wieder zahlreiche Klagen zu untern Obren bezüg-

lich der dort Winter 2 Weizen-Versäufungen. Es handelt sich wieder um Getreidearten, wie sie schlimmer nicht gedacht werden können, denn die als Hart-Winter 2 exportiert und so zertifizierten Abhandlungen der nördlichen Häfen zeigen Beimischungen bis zu 50 Prozent, 60 Prozent, ja 80 Prozent roten Winter-Weizens. Bedenkt man, daß Hart-Winter 2 Weizen etwa 15 bis 14 Mark die 1000 Kg. teurer ist als roter Winter 2 Weizen, so ergibt sich ohne weiteres, welche glanzvolle Geschäft die Verkäufer machen, wenn sie diese Gemische als Hart-Winter 2 durchschmuggeln. Der Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse hat so oft schon bei den verschiedenen Boards of Trade, Chambers of Commerce usw. vergeblich reklamiert, daß er nur wenig Hoffnung hat, irgend etwas durchzusetzen, es sei denn, daß die Regierung der Vereinigten Staaten mit ihrer Bill, die im Oktober oder Anfang November dieses Jahres den Kongress in Washington beschickten wird, durchdringt, ein Gesetz vorzulegen, der nichts Geringeres befaßt, als daß das ganze System der Zertifizierung des jetzigen Inthons zu entscheiden und staatsrechtlich, so wie es schon in Kanada der Fall, zu übernehmen ist. Es muß alles geschehen, um die bestehenden Verhältnisse aufzuklären, so brandmarken, vor allem aber unweidlichste Material herbeizuschaffen dafür, daß die Klagen voll berechtigt sind. Wie dies zu geschehen hat, ist der Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse gern bereit, Interessenten auf Anfrage eingehender darzulegen; jedenfalls hat der genannte Verein beschlossen, zu tun, was in seinen Kräften steht, indem er jeden einzelnen ihm gemeldeten und nachgewiesenen Fall zur Kenntnis der Instanz bringt, unter deren Autorität das Zertifikat ausgestellt wurde; das gesamte Material wird der Verein außerdem dem die Bill einbringenden Senator Mc. Cumber nach Washington übermitteln. Offenbar wird dadurch den anständigen Klagen in Nordamerika bewiesen, daß dieses Weizen im amerikanischen Handel der schnellsten und radikalsten Operation bedarf.

n. Mannheimer Produktionsbörse. Die von den amerikanischen Börsen gelieferten höheren Notierungen waren auf die heutige Stimmung von besitzendem Einfluß und waren daher in allen Getreidearten die Umsätze bedeutender, als an den letzten Vorkesseltagen der Vorwoche. Die Notierungen im hiesigen offiziellen Kursblatt sind für Weizen um 25 Pf. erhöht worden. Für Roggen sind die Preise für norddeutsche Ware um 25 Pf. per 100 Kg. erhöht, während die Notiz für Pfälzer Roggen, der an Qualität teilweise nicht befriedigt, um 25 Pf. herabgesetzt wurde. Hafer liegt gleich unbeeinträchtigt. Für Mais ist die Tendenz bei steigenden Preisen andauernd fest. Die offizielle Tendenz lautet: Weizen fester, Roggen pfälzer etwas abgemindert, norddeutscher fester, Braugerste unverändert, Futtergerste fester, Hafer unverändert und Mais höher.

Vom Auslande werden angeboten die Tonne, gegen Kassa, cif Rotterdam: Weizen Kaplata-Badia-Manoa oder Varletta-Russa schwimmend R. 176, do. ungarische Ausfaat 80 Kg. per schwimmend R. 175, do. Mojario-Santo-Je 78 Kg. per schwimmend R. 176, Kanak 2 Weizen per Aug.-Sept. R. 168, Hartwinter 2 schwimmend R. 169, Rumänier nach Muster 70-80 Kg. Aug.-Sept. R. 169-174, do. nach Muster 70-80 Kg. per Aug.-Sept. R. 167 bis 170, do. gewichtlos nach Muster schwimmend R. 162-172, Roggen russ. 9 Pad 10-15 per Juli-August R. 146, do. 9 Pad 15-20 per August-September R. 146, Pulgor-Rumän. 71-72 Kg. schwimmend R. —, Norddeutscher 72-73 Kg. prompte Abladung R. 185.

Getreide russ. 65-69 Kg. schwimmend R. 119 1/2, do. 50-60 Kg. schwimmend R. 120, Donaugetreide nach Muster 55-59 Kg. August-September R. 119, do. 50-60 Kg. Juli nach Muster R. 120, 50. Hafer russ. prompt 46-47 Kg. R. 119, do. 47-48 Kg. prompt R. 122, Donau nach Muster schwimmend von R. 117-124, do. Plata 46-47 Kg. schwimmend R. 111, do. 47-48 Kg. schwimmend R. 112, do. per Januar-Februar R. 114.

Wais Kaplata gelb wie terms August-September R. 126 und Odelja-Wais per schwimmend R. 126, Roboroff-Wais schwimmend R. 125, Donau-Roggenmais per November-Dezember wie terms R. 117, do. teils quite November-Dezember R. 111.

Elektrischer Betrieb auf preussischen Staatsbahnen? Die Eisenbahnverwaltung hat bei den Herren und Guilleaume-Lohmeyer-Werken 57 Akkumulatoren-doppeltwagen bestellt, die noch in diesem Jahr abgeliefert werden müssen. Ein Drittel der Wagen werden an die Direktionen Köln, Frankfurt a. M., Saarbrücken und Erfurt verteilt. Unter anderen Strecken sollen im Direktionsbezirk Köln auch die Strecken Köln-Nachen, Köln-Niederlahnstein und Köln-Remagen elektrischen Betrieb erhalten. Jeder Wagen soll für 100 Personen Raum bieten.

Die Reichendeutsche Automobil-Klubs-Gesellschaft in Dorpmund erstellte im ersten, 8 Monate umfassenen Geschäftsjahre 45 1/2 Mark Reingewinn, wovon die Unkosten 3762 M. und die Abschreibungen 323 M. erforderten. Der Reingewinn beträgt M. 8197. Die Hauptversammlung beschloß, diesen auf neue Rechnung vorzutragen und genehmigte auch die sonstigen Punkte der Tagesordnung. Die Unkosten waren sehr hoch, weil die Kosten des Umzugs und der Neueinrichtungen zu betrachten waren. Der Vorstand bezeichnete die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr trotz der allgemeinen schlechten Konjunktur, als befriedigend.

Die Gesellschaft für Gasindustrie in Augsburg schloß aus dem Reingewinn von 600 420 M. (566 280 M.) eine Dividende von 10,50 Proz. (11,67 Proz.) vor.

Branntwein-Körner. Die Verwaltung schlägt die Dividende für 1907-08 wieder auf 9 Proz.

Altonaer Wachsbleiche (Möller) in Konkurs. In dem Konkursverfahren der Wachsbleiche des Kommerzienrats Möller in Altona erhalten die Gläubiger jetzt eine erste Abschlagszahlung von 5 Proz. auf die etwa 9 Mill. M. nicht bevorrechtigten Forderungen. Die Ausschüßen der Gläubiger, die anfänglich stillschweigend, haben sich dadurch über Erwarten günstig gestaltet, daß die Konkursmasse die Weiterführung des Unternehmens, das an sich als durchaus gesund sich erwies, in die Hand genommen hat.

Die Wiederbetriebsetzungen bei südafrikanischen Minengesellschaften beziehungsweise die Fälle, in denen Minengesellschaften, die zurzeit der Krise auf dem Mineralmarkt (Ende 1906) die Schachtarbeiten eingestellt hatten, die Aufschließungsarbeiten wieder aufnehmen, mehrere sind. Der Aurora West, der Bonitas und der Vogelkorn-Mine hat sich nun die Clobersfeld-Mines angeschlossen. Diese Minengesellschaft, die zu den Strandminen der Neumann-Gruppe gehört, hatte im Oktober 1906 den Schachtbau eingestellt. Der Grund hierfür war für die anderen zahlreichen Fälle von Betriebseinstellungen im Transvaal war darin zu suchen, daß die Minenhäuser infolge der Devalve auf dem Goldmineralmarkt "leisig" und nicht in der Lage waren, ihren Tochtergesellschaften weitere Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Jetzt, wo auf dem Goldmineralmarkt wieder neues Vertrauen, neues Leben eingeleitet ist, steht die Geldquelle der Muttergesellschaften den Tochterminen wieder offen. Außerdem hat es die durch die Einführung arbeitssparender Maschinen herbeigeführte Verabfolgung der Produktionskosten in Minenbetriebe — die Produ-

ktionskosten pro Tonne stellten sich im Durchschnitt im Jahre 1906 auf 23 sh. 3 d., im Jahre 1907 auf 21 sh. 2 d., und im laufenden Jahre haben sich die Produktionskosten weiter nennenswert ermäßigt — mit sich gebracht, daß auch Minen, die bisher nicht ertragsfähig schienen, der Aufschließung würdig erachtet werden. Bei den Clobersfeld-Mines dürfte bei dem Entschlusse, den Schachtbau wieder aufzunehmen, auch der Umstand eine Rolle gespielt haben, daß bei der dieser Mine benachbarten Gebald-Mine gerade in letzter Zeit günstige Aufschließungsergebnisse erzielt worden sind.

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite).

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

* Frankfurt a. M., 14. Sept. (Frankfurterbörse.) Die neue Woche eröffnete bei ruhigerem Geschäft. Etwas Zurückhaltung brachte zunächst die Meldung über das Auftreten der Cholera in Rußland und die bestehende Gefahr für eine Einschleppung nach Deutschland. Infolge der Kontrollstationen, welche für russische Auswanderer errichtet worden sind, beruhigte man sich und ließ die besseren Nachrichten mehr zur Geltung kommen. Die neuesten Nachrichten über die Marokko-Angelegenheit befriedigten, da man dadurch eine schnellere Lösung erwartet und die Erörterungen der französischen Presse günstiger lauten. Newyork brachte am Schluß der Börsenwoche ebenfalls bessere Tendenz, infolgedessen Baltimore bei fester Tendenz eröffnete und lebhaft gehandelt wurde. Lombarden wurden auf Wien höher bezahlt. Die übrigen Werte des Rentenmarktes behaupteten ihren Kursstand. Schiffahrtsaktien waren ruhig, in Korbb. Lloydaktien machte die rückläufige Bewegung weitere Fortschritte. Fester Haltung bei lebhaftem Geschäft ließ der Montanmarkt erkennen, welche auf die Nachricht der Neubeschaffung einer großen Anzahl von Personen, Gepäc und Postwagen durch das königl. Eisenbahndirektorat in Berlin profitierte. Bedorzugt waren Bochumer, Gelsenkirchener und Harpener. Auf dem Bankmarkt machte sich in Zusammenhang mit der festen Tendenz des Rentenmarktes lebhaftes Geschäft bemerkbar, leitende Bankaktien anziehend, Berliner Handelsgesellschaft, Diskonto Kommandit u. Deutsche Bank lebhaft. Die hürmische Haufe der Elektrizitätsaktien hat merklich nachgelassen und einer ruhigeren Auffassung Platz gemacht, was allgemein günstig aufgenommen wurde. Auf diesem Gebiete zeigte sich Abschwächung, obwohl die Angebote schlanks Aufnahme fanden. Chemische und Maschinenfabrikaktien behauptet. Auf dem Fondsmarkt nahm das Geschäft keinen großen Umfang an. Die Tendenz war für in- und ausländische Renten behauptet. Der weitere Verlauf brachte wenig Veränderung, ebenso zeigte die Nachbörse stilles Geschäft. Lombarden und Patefahri lebhaft und fest. Es notierten Arbitration 202,40, Diskonto 179 à 179,10, Dresdner Bank 147,60 à 70, Staatsbahn 149,20, Lombarden 23 à 23,20, Baltimore 101,30, Patefahri 108,30 à 109,10.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with exchange rates and market data. Columns include 'Schluß-Kurse', 'Reichsbank-Diskont 4 Prozent', 'Wechsel', and 'Staatspapiere'. Rows list various locations like Amsterdam, London, and different types of bonds and currencies.

Table titled 'Aktien industrieller Unternehmungen'. Lists various industrial companies and their stock prices, including firms like Rheinisch-Westfälische, Bergbau, and others.

Table titled 'Bank- und Versicherungs-Aktien'. Lists banks and insurance companies and their stock prices, including Deutsche Bank, Allianz, and others.

Bergwerks-Aktien.

Table with 2 columns: Bergwerks-Aktien (Bochumer Bergbau, Silesia, etc.) and their respective prices.

Alten deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.

Table with 2 columns: Alten deutscher und ausländischer Transport-Anstalten (Pfälzische Raybahn, etc.) and their respective prices.

Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table with 2 columns: Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen (4% Pr. Pfdb. unt. 15, etc.) and their respective prices.

Frankfurt a. M., 14. Sept. Kreditaktien 202.40, Diskont-Gesamtwert 179.2, Darmstädter 198.75, Dresdner Bank 147.75, etc.

Wachstums-Aktien 202.40, Diskont-Gesamtwert 179.2, Staatsbahn 149.30, Lombarden 93.00, etc.

Berliner Effektenbörse.

Table with 2 columns: Berliner Effektenbörse (Reichsbank, Reichsanleihe, etc.) and their respective prices.

W. Berlin, 14. September. (Telegr.) Nachbörse. Kredit-Aktien 202.40, Diskont 178.90, etc.

Pariser Börse.

Table with 2 columns: Pariser Börse (3% Rente, 4% Rente, etc.) and their respective prices.

Londoner Effektenbörse.

Table with 2 columns: Londoner Effektenbörse (3% Rente, 4% Rente, etc.) and their respective prices.

Berliner Produktenbörse.

Table with 2 columns: Berliner Produktenbörse (Weizen per Sept., Roggen per Sept., etc.) and their respective prices.

Liverpool, 14. September (Anfangskurse.)

Table with 2 columns: Liverpool, 14. September (Weizen per Sept., Mais per Sept., etc.) and their respective prices.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse

Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Verzählung per 100 kg bahntrei hier.

Table with 2 columns: Mannheimer Produktenbörse (Weizen pfälzischer, Roggen, etc.) and their respective prices.

Deutscherischer Petroleum neuer bis auf Weiteres: M. 22.70 in Holzfässern bei Lagerung, M. 18.90 in Eimern, per 100 kg ab Tankanlage Mannheim, verkauft.

Mannheimer Effektenbörse

Die Börse war sehr still. Es gelangte nur ein Abchluss in Zellstofffabrik Waldhof-Aktien zur Notierung und zwar zum Kurse von 327 Prozent. Uebrigens ohne besondere Veränderungen.

Table with 2 columns: Mannheimer Effektenbörse (Pfandbriefe, Industrie-Obligationen, etc.) and their respective prices.

W. Berlin, 14. September. (Telegr.) Nachbörse. Kredit-Aktien 202.40, Diskont 178.90, etc.

Table with 2 columns: Mannheimer Effektenbörse (Banken, Eisenbahnen, etc.) and their respective prices.

Telegraphische Handelsberichte.

Wichtige Depeschenbank, Ludwigshafen a. Rh. Infolge Annäherung des Obligationenmarktes an die gesetzliche Grenze sieht sich die Bank veranlasst, eine Erhöhung des Aktien-Kapitals vorzunehmen. Die Ermächtigung dazu besitzt sie schon seit dem Jahre 1905. An

Dividende verteilt das Institut seit einer Reihe von Jahren regelmäßig 9 pEt.

Zusammenbruch der Solinger Bank und der Solinger Industrie. Die Handelskammer in Solingen versendet, lt. Frankf. Ztg. nachstehende Mitteilung: Am Anschlag an die Gerichte über den mit dem Konkurs der Solinger Bank in Verbindung stehenden Zusammenbruch einiger Solinger Stahlwarenfirmen sind vielfach Mitteilungen verbreitet worden, die geeignet sind, unrichtige Vorstellungen über die Bedeutung dieser Vorläufe für die Solinger Industrie hervorzurufen. Um sich ein zu treffendes Bild von den Vorgängen zu machen, muß man sich zunächst vergegenwärtigen, daß unter den in Konkurs gerietenen Firmen sich keine einzige der größeren und angesehenen Stahlwarenfabriken des Solinger Industriebezirks befindet. Sodann wird man sich nicht verhehlen dürfen, daß es sich bei dem in Rede stehenden Konkurs zum Teil um Firmen handelt, die ihre Geschäfte vorwiegend dadurch machten, daß sie unter Auftragsleistung gesunder kaufmännischer Grundbesitzer zu Preisen verkauften bei denen von einem Ruhen wenig oder garnicht mehr die Rede sein konnte. Ein solches Verfahren ließ sich nur dadurch durchführen, daß an Firmen von der Direktion der Solinger Bank die unangenehmsten Kredite gemährt wurden. Mit dem Augenblicke, wo die Rückzahlung dieser Kredite einsetzte, wurde, was auch der Konkurs der von ihnen völlig abhängigen Firmen unvermeidlich. Die Solinger Industrie hat keinen Anlaß, den Zusammenbruch dieser Firmen, die das solide Geschäft durch ganz unerbörl. Preisunterbietungen nur geschadet und selbst ohne Gewinn oder mit Verlust gearbeitet haben, zu beklagen. Es kann im Gegenteil für die gesamte Industrie nur von Nutzen sein, wenn sie von solchen Elementen befreit wird.

Zahlungs-einstellungen. Wie man der 'Frl. Ztg.' schreibt, wurde über das Vermögen der Firma Odenwälder Geflügel-, Frucht- und Rohstoffhändler J. Nevelandier in Höchst i. Odenw. Konkurs erklärt.

Von der Frankfurter Börse. Als Umsatzt für 4proz. konvertierte, unifizerte türkische Anleihe von 1903 und 1906 wurde der fällige Coupon auf 81.20 festgesetzt.

Berlin, 14. Sept. Die Goorburg-Wiener Gummiwarenfabrik teilt dem 'Berl. Tagbl.' mit, daß das Inlandgeschäft noch stille sei. Die Ausgabe neuer Aktien sei nicht in Aussicht genommen.

Berlin, 14. Sept. Die Bergbau-Gesellschaft Friedrichsfeld teilt für das Geschäftsjahr 1907/08 keine Dividende gegen 8 pEt. im Vorjahr. Der Gewinn wird lt. 'Frl. Ztg.' mit Rücksicht auf die Ertragslage vorgetragen.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adresse: Margold. Fernsprecher: Nr. 56 und 163; 14. September 1908. Provisionsfrei!

Table with 3 columns: Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt, Ver. Käufer %, Käufer % (List of companies and their prices).

Ueberseelische Schiffsahrts-Telegramme.

Southampton, 11. Septbr. (Druckbericht der Amerikaner) Der Schnelldampfer 'St. Paul' am 5. Septbr. von New-York ab, ist heute nachmittag hier angekommen. New-York, 11. Sept. Druckbericht der Amerikaner Der Schnelldampfer 'St. Louis' am 5. Septbr. von Southampton ab, ist heute vormittag hier angekommen. Mitgeteilt durch das Post- und Reise-Bureau Gumbach u. Barentzen nachfolgend in Mannheim, Bahnhofsplatz Nr. 2 direkt am Hauptbahnhof.

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum. für Kunst, Belletristik u. Vermischtes: J. S.: Dr. Fritz Goldenbaum. für Lokales, Provinziales und Gerichtsamtung: Ad. Schönfelder. für Volkswirtschaft und den übrigen redaktionellen Teil: J. S.: Franz Kircher. für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Joss. Druck und Verlag der Dr. S. Haas'schen Buchdruckerei G. m. b. H.: Direktor: Ernst Müller.

Beissbarth & Hoffmann A.-G., Mannheim-Rheinau. Tel. 1055

Einzig Fabrik am Platze für Holz- und Stahlblech-Rolladen, Jalousien, Marquisen und Rolllichtschwände.

Reparaturen an Rolladen und Jalousien prompt und billig durch nur geschulte Monteure.

NACHSTE Geld-Lotterie ZIEHUNG 5. u. 6. Oktober 08 zu STRASSBURG Lis. 4161 Geldgewinne 69000M 20000M 10000M 10500M 28500M

Entlaufen Blauer Dackel entlaufen, (Truff u. Pfote weiß), auf den Namen "Anke" hörend.

Ankauf Handrolle oder Karren gut erhalten, zu kaufen gesucht.

Zu verkaufen Bäckerei in Gumpen, bestehend aus 2 Gebäuden.

Villa in Heidelberg in feinsten Lage, billig zu verkaufen.

Geschäfts-Verkauf Wir legen gutes Detail-Geschäft, schon lange bestehend.

Kassenschränke neu u. gebraucht, reich an Lager.

Piano gebraucht, gut erhalten, sehr preiswert.

Raffenschränke empfehle erst mein Fabrikat zu beschaffen.

Wend-Pianos Sipp-Pianos Knapp-Pianos

Stellen finden für älteres Fachblatt der Weinbranche.

Buchhalter gesucht von festem Bau, geschult.

Julius Branz Schirm- u. Stroh-Fabrik Reparatur-Workstätte.

Privat-Tanz-Institut von Herm. Ochsen, A 2, 3. Beginn der Winterkurse September und Oktober.

Casino-Saal. Donnerstag, 17., Freitag, 18., Samstag, 19. und Sonntag, den 20. September 1908, abends 8 Uhr. Lustige Abende Pepi Weiss

Firma D. Mayscheider Mannheim D 3, 5. Instrumentarien u. ganze Einrichtung.

Neu! Damen-Kopfhaarwäsche mit Theer-Shampoo in Päckchen à 20 Pfg. Parfümerie Otto Hess

Glänzende Krönung! Für Brautpaare erst. arbeitslos bei einj. Herrn.

dringendes Bedürfnis für jeden Haushalt, gleichviel ob reich oder arm.

Jüngeres Laufmädchen gesucht. H. Laute, D 2, 14.

Läden Laden, unter sehr günst. Bedingungen.

Mietgesuche Frau 1. Okt. wohnsüchtig auf 1-2 Räume.

Läden Laden, unter sehr günst. Bedingungen.

Statt jeder besonderen Anzeige. Gestern abend verschied schnell und unerwartet unser lieber Sohn und Bruder Ingo Giulini

Knapprechtstr. 5 part. eleg. möbliertes Wohn- u. Schlafzim. an feinst. Herrn zu verm. 27616

Rupprechtstrasse 11, 1. Et. 1. feines möbl. Salon und Schlafzimmer mit Balkon per 1. Oktober zu vermieten.

Knapprechtstr. 14 2. Et. eleg. möbl. Wohn- u. Schlafzimmer samt anst. Küche.

Waldstr. 4-6 III. Et. Gut möbl. Zimmer u. Schlafz. an feinst. Herrn zu verm.

Parfiring 37, 2. Et., feines 7 Zimmer-Wohnz. samt Subst.

Rheinhammstr. 20 Schön 4 Zimmerwohnung nebst Subst. zu vermieten.

4 Zimmer gut ausgestattet mit Bad, Speisek., Kamin, etc.

Schöne 3-Zimmer-Wohnung nebst Subst. im 1. Stock an 1. Oktober zu verm.

Sehr schöne Wohnung 4 Zimmer, Küche, Badezimmer nebst Subst. in Nähe der Börse.

Zimmerwohnung 4 Zimmer im Bergr. 64091

Möbl. Zimmer E 1, 14. Blauen, 2 Z., gut möbl. Zimmer außer Subst.

Wanzen - Vertilgungsmittel der Welt. Das beste ist und bleibt Willmann's Erfindung.

Knorr-Sos würzt famos. Suppen, Saucen, Braten, Gemüse etc. weit billiger als alle anderen Fabrikate.